

Die Rezession schwächt sich ab

Die Wirtschaftslage in den post-sozialistischen Ländern Europas 1992/93

Dieser Bericht wurde im Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) verfaßt. Die Untersuchung stützt sich hauptsächlich auf offizielle Statistiken der einzelnen Länder sowie auf Schätzungen des WIIW.

Während sich in der GUS (mit der Ukraine als möglicher Ausnahme¹⁾) und den Nachfolgestaaten Jugoslawiens das Schrumpfen der Wirtschaft 1992 deutlich beschleunigt hat, kommt in den meisten osteuropäischen Ländern der Produktionsrückgang allmählich zum Stillstand. In Ost-Mitteuropa (Polen, Slowakei, Tschechien und Ungarn) sank die *Industrieproduktion* im vergangenen Jahr im Durchschnitt nur noch um 4%, Polen verzeichnete sogar ein Wachstum. In Südosteuropa (Bulgarien, Rumänien, Kroatien und Slowenien) schrumpfte die Wirtschaft mit -21% nur unwesentlich schwächer als im Vorjahr. Ohne die externen Schocks, von denen 1992 besonders Südosteuropa betroffen war (Zerfall Jugoslawiens, Embargo gegen Serbien), wäre die Abnahme sicher niedriger ausgefallen. In der gesamten Region liegt damit die *Industrieproduktion* nach drei Jahren der Systemtransformation um rund 40% unter dem Niveau von 1989; dieser Rückgang geht aber nicht nur auf das planwirtschaftliche Erbe und verschiedene externe Schocks, sondern auch auf stabilitätspolitische Maßnahmen zurück. Das *Brutto-Inlandsprodukt* (BIP) ist seit 1989 weniger stark gesunken (rund -27%), nicht zuletzt weil der Rückgang in der Landwirtschaft und im Handel geringer ausfiel als in der Industrie. Die Transformationskrise

Während in den meisten osteuropäischen Ländern als sichtbare Folgen der Reform Privatwirtschaft und Außenhandel allmählich zu einer Stabilisierung der Produktion beitragen, leiden andere Staaten, insbesondere Rußland und die Ukraine, unter einer Stagnation der Reformen und weiterer wirtschaftlicher Desintegration. Als Folge der Teilung der ČSFR ist aber für Ost-Mitteuropa 1993 noch ein realer Rückgang des BIP um bis zu 2% zu erwarten. Das BIP Südosteuropas dürfte um rund 5% und jenes Rußlands und der Ukraine um 15% schrumpfen.

ist in hohem Maße eine Krise der Industrie und der Städte. Das Niveau der *Agrarproduktion* ist im Laufe der

vergangenen drei Jahre weniger ausgeprägt gesunken (-19%). Der starke Einbruch 1992 ist zu einem großen Teil der Trockenheit zuzurechnen, die die Donauländer stärker als Polen sowie die ČSFR, die Ukraine und Rußland nahezu überhaupt nicht traf.

1992 wirkte die *Privatwirtschaft* bereits als stützender Faktor, und zwar vor allem in jenen Ländern, die relativ früh und konsequent den Weg der Reformen und der Privatisierung begonnen haben. In Polen, aber auch in Ungarn stellt der private Sektor einen wichtigen Teil der Beschäftigung und der Wirtschaftsleistung, wenn auch die statistische Erfassung des früheren sozialistischen Genossenschafts-

Wirtschaftsentwicklung Osteuropas, Rußlands und der Ukraine

Übersicht 1

	1990	1991	1992
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
<i>Brutto-Inlandsprodukt</i>	- 3,6	-10,2	-15
Osteuropa .	- 7,2	-12,1	- 6½
Ost-Mitteuropa	- 6,9	-10,6	- 2½
Südosteuropa	- 7,7	-14,7	-14
Rußland Ukraine	- 2,1	- 9,5	-18
<i>Industrieproduktion</i>	- 5,2	-13,3	-15
Osteuropa .	-15,3	-19,5	-11
Ost-Mitteuropa	-14,1	-17,5	- 4
Südosteuropa	-17,1	-22,3	-21
Rußland Ukraine	- 0,2	-10,3	-17
<i>Bauwirtschaft</i>	- 7,7	-12,1	-30
Osteuropa .	-15,7	-16,5	± 0
Ost-Mitteuropa	-11,6	- 7,1	+ 9
Südosteuropa	-25,3	-38,1	-21
Rußland Ukraine	- 5,2	-10,7	-39
<i>Landwirtschaft</i>	- 3,6	- 6,5 ¹⁾	-10
Osteuropa .	- 3,3	- 2,4 ¹⁾	-13
Ost-Mitteuropa	- 3,1	- 3,0	-15
Südosteuropa	- 3,5	- 1,2 ¹⁾	-11
Rußland Ukraine	- 3,6	- 7,5	- 9

Osteuropa: Bulgarien, ČSFR, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowenien, Ungarn; Ost-Mitteuropa: ČSFR, Polen, Ungarn; Südosteuropa: Bulgarien, Kroatien, Rumänien, Slowenien.
1992 vorläufige Ergebnisse — ¹⁾ Ohne Slowenien und Kroatien

¹⁾ Offizielle und vor allem häufig halb-offizielle Daten können nur als vorläufig angesehen werden

Inflation

Übersicht 2

	1990		1991		1992		1993
	Verbraucherpreise	Erzeugerpreise der Industrie	Verbraucherpreise	Erzeugerpreise der Industrie	Verbraucherpreise	Erzeugerpreise der Industrie	Verbraucherpreise
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Polen	+ 586	+ 622	+ 70	+ 48	+ 43	+ 29	+ 32
Slowakische Republik	+ 11	+ 5	+ 61	+ 69	+ 10	+ 5	+ 20 bis + 22
Tschechische Republik	+ 10	+ 4	+ 57	+ 70	+ 11	+ 10	+ 17 bis + 20
Ungarn	+ 29	+ 22	+ 35	+ 33	+ 23	+ 13	+ 17 bis + 20
Bulgarien	+ 26 ¹⁾	+ 15	+ 317 ¹⁾	+ 294 ²⁾	+ 91 ³⁾		+ 90 bis + 100
Rumänien	+ 5	+ 27	+ 166	+ 224	+ 210	+ 235 ⁴⁾	+ 100
Slowenien	+ 550 ¹⁾	+ 390	+ 118 ¹⁾	+ 124	+ 201 ¹⁾	+ 216	
Kroatien	+ 610	+ 449	+ 123	+ 146	+ 666	+ 825	
Rußland	+ 6	+ 4	+ 95	+ 138	+ 1 300	+ 1 700 ³⁾	+ 500 bis + 1 000
Ukraine	+ 4 ¹⁾	+ 5	+ 84 ¹⁾	+ 125	+ 1 600	+ 4 100 ³⁾	+ 500 bis + 1 000

1992 vorläufige Ergebnisse — ¹⁾ Einzelhandelspreise — ²⁾ Dezember 1991 gegenüber Jänner 1991 — ³⁾ Schätzung — ⁴⁾ Jänner bis September 1992 gegenüber Jänner bis September 1991 — ⁵⁾ Dezember 1992 gegenüber Dezember 1991

sektors als nunmehr privater Sektor das offizielle Bild bedeutend verzerrt²⁾ Überdies werden viele private Aktivitäten noch nicht registriert, und ihr Volumen bleibt unbekannt. Aber die Prozesse im Privatsektor sind noch von einer schwer kalkulierbaren Dynamik. So basiert sein rasches Wachstum weniger auf einem Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage als vielmehr auf einer Verschiebung der gegebenen Nachfrage vom staatlichen zum privaten Sektor. Darüber hinaus ist nicht nur die Neugründungs-, sondern auch die Insolvenzquote im privaten Sektor außerordentlich hoch.

Das Wachstum der *Exporte* war 1992 ebenfalls ein stabilisierender Faktor für die Volkswirtschaften der osteuropäischen Länder. Sie konnten in den vergangenen drei Jahren Marktanteile im Westen gewinnen, nachdem sie in den achtziger Jahren laufend Anteile verloren hatten. Dagegen sind die Umsätze der OECD mit der GUS und dem früheren Jugoslawien stark zurückgegangen. Die Bezüge der OECD aus den ostmitteleuropäischen Ländern stiegen zwischen 1989 und 1992 um insgesamt 48% auf rund 28 Mrd \$, während ihre Gesamtimporte um nur 21% zunahm. Ein besonders kräftiges Wachstum meldete die OECD 1992 für ihre Importe aus der CSFR und aus Bulgarien (Jänner bis November +46% bzw. +28%).

Die Ursachen für die gestiegene Wettbewerbsfähigkeit östlicher Produkte

sind derzeit noch schwer zu identifizieren. Eine Unterbewertung der Währungen spielte sicher eine Rolle, wenn diese auch nicht überschätzt werden darf. Real spürbar abgewertet hat im vergangenen Jahr nur Rumänien. Entscheidend waren wahrscheinlich die Liberalisierung des Außenhandels in den Ländern und der Abbau von Handelschranken durch die EG („Europa-Verträge“ mit Ost-Mitteleuropa seit März 1992 in Kraft, Bulgarien folgt 1993) in Kombination mit dem Zusammenbruch des früheren Intra-RGW-Handels: Dadurch konnten die östlichen Staatsbetriebe ihre Arbeitskostenvorteile, die sie selbst bei Bewertung zu Kaufkraftparitäten besitzen, ins Spiel bringen³⁾. Vor diesem Hintergrund werden in Westeuropa, auch in Österreich, Importbeschränkungen erwogen. Der Ruf nach mehr effektiver Protektion übersieht jedoch, daß sowohl die OECD insgesamt als auch Österreich ihren Überschuß im Handel mit Osteuropa 1992 vergrößern konnten, sodaß bei nicht auszuschließenden Retorsionsmaßnahmen osteuropäischer Länder zwar beide Seiten, aber asymmetrisch, betroffen wären.

Neben Struktur Faktoren zeichnen sich erste, wenn auch noch schwache Konjunkturmuster ab. So erholt sich im Transformationsprozeß die *Bauwirtschaft* sichtlich zuerst, offenbar auch weil privatwirtschaftliche Aktivitäten hier besonders stark verbreitet sind. In Ost-Mitteleuropa wuchs die Bruttoproduktion der Bauwirtschaft um durchschnittlich 9%, am stärksten

in der Slowakei und in der Tschechischen Republik. Gleichwohl schlagen sich zusätzliche Bauaktivitäten noch nicht oder nicht entsprechend stark in Investitionen nieder. Polen und Ungarn berichten sogar von rückläufigen Industriebau- und Wohnungsbauinvestitionen. Ein Großteil der zusätzlichen Bauaktivitäten ist offenbar mit Wohnungs- und Geschäftsrenovierungen zu erklären; dies steht sicher im Zusammenhang mit entsprechenden Privatisierungsfortschritten. 1992 war aber in allen Oststaaten ein Jahr eines abermals starken Rückgangs im Wohnungsneubau, und die Wohnungsversorgung hat sich mittlerweile im gesamten Raum dramatisch zuge-spitzt.

Wollten die post-sozialistischen Länder innerhalb von zehn Jahren wieder das Vorkrisenniveau von 1989 erreichen, so müßte ihre Industrie jährlich um durchschnittlich 5% und ihr Sozialprodukt um 3% wachsen. Zumindest für 1993 sollten solche Wachstumsraten weder für Ost-Mitteleuropa und Slowenien noch für die GUS-Region und die meisten Nachfolgestaaten Jugoslawiens angenommen werden. Die GUS wurde von der mit der Systemtransformation verbundenen Strukturanpassungskrise noch nicht wirklich erfaßt, während sie in den anderen Ländern noch nicht ganz überwunden ist. In den osteuropäischen Ländern muß mit einem weiteren starken Anstieg der Arbeitslosigkeit gerechnet werden, weil in den vergangenen drei Jahren die Staatsbetriebe ihre Beschäftigung nicht im Ausmaß

²⁾ WIIW-Mitgliederinformation 1993 (4) S. 29f.

³⁾ WIIW-Mitgliederinformation 1992 (12) S. 3ff.

**Außenhandel der OECD mit Osteuropa, den GUS-Staaten
und dem ehemaligen Jugoslawien**

Übersicht 3

OECD-Länderklassifikation

		1990	1991	1992
		Mill \$		
Ost-Mitteleuropa	OECD-Exporte	18 036,3	25 533,4	32 294,4
	OECD-Importe	19 546,0	23 193,1	28 090,1
	Saldo	- 1 509,7	+ 2 360,3	+ 4 204,3
Polen	OECD-Exporte	7 718,6	12 618,1	13 627,5
	OECD-Importe	8 917,6	9 867,7	11 190,0
	Saldo	- 1 199,0	+ 2 750,4	+ 2 437,5
ČSFR	OECD-Exporte	4 873,5	6 275,3	10 774,7
	OECD-Importe	4 893,4	6 609,8	9 425,6
	Saldo	- 20,0	- 334,5	+ 1 349,1
Ungarn	OECD-Exporte	5 444,3	6 660,1	7 892,2
	OECD-Importe	5 735,1	6 715,6	7 474,5
	Saldo	- 290,8	- 55,5	+ 417,7
Bulgarien	OECD-Exporte	1 597,6	1 688,9	1 982,8
	OECD-Importe	1 006,3	1 286,1	1 589,6
	Saldo	+ 591,3	+ 402,8	+ 393,2
Rumänien	OECD-Exporte	2 424,9	2 294,5	2 877,3
	OECD-Importe	2 751,7	2 345,3	2 324,2
	Saldo	- 326,7	- 50,8	+ 553,1
Summe	OECD-Exporte	22 058,9	29 536,9	37 154,5
	OECD-Importe	23 304,1	26 824,6	32 003,9
	Saldo	- 1 245,1	+ 2 712,3	+ 5 150,6
Ehemaliges Jugoslawien	OECD-Exporte	13 905,8	10 509,7	8 565,4
	OECD-Importe	12 228,8	11 313,2	9 152,4
	Saldo	+ 1 677,0	- 803,5	- 587,0
GUS	OECD-Exporte	27 149,1	28 445,6	25 657,9
	OECD-Importe	31 019,6	31 555,2	28 494,3
	Saldo	- 3 870,5	- 3 109,6	- 2 836,4
Gesamte Region	OECD-Exporte	63 113,8	68 492,2	71 377,8
	OECD-Importe	66 552,5	69 693,1	69 650,6
	Saldo	- 3 438,7	- 1 200,9	+ 1 727,2

Q: OECD, Serie A. Ab 1991 westliche Industrieländer einschließlich Ostdeutschlands. 1992 Schätzung auf der Basis der Ergebnisse von Jänner bis November.

des Produktionsrückgangs reduzierten und auch deswegen sinkende Gewinne bzw. steigende Verluste hinnehmen mußten. Gleichwohl erreichte die Arbeitslosenquote in Ost-Mitteleuropa Ende 1992 bereits 11% (Polen knapp 14%), einschließlich Bulgariens, Rumäniens und Sloweniens 9% (Bulgarien knapp 15%). Mit Inkrafttreten von Konkursgesetzen sowie enger werdenden Finanzierungsspielräumen ist mit einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosenquote im Jahr 1993 zu rechnen; die Multiplikatorwirkungen sind unbekannt.

Darüber hinaus werden für potentielle Investoren die Unsicherheiten des Transformationsprozesses durch

Verzögerungen in der Privatisierungsgesetzgebung⁴⁾, durch sinkende Gewinnerwartungen und hohe Realzinsen auf Kredite verstärkt. In den osteuropäischen Ländern setzen die Nationalbanken ihre Refinanzierungs- oder Diskontsätze auf ein Niveau, das eine positive Realverzinsung sichert. Da die Geschäftsbanken unter „bad loans“ (insbesondere Altschulden der Staatsbetriebe) leiden, neigen sie dazu, ihrerseits die Kreditzinssätze weit über die Refinanzierungssätze hinaus festzulegen oder Zinssatzsenkungen der Nationalbanken nur zögernd mitzuvollziehen. In allen Ländern ist eine Verringerung des Budgetdefizits durch eine reale Senkung der nachfragewirksamen Staatsausgaben

(Ausgaben minus Zinszahlungen) vorgesehen. Ebenso beabsichtigen die osteuropäischen Regierungen, Reallohnsteigerungen selbst dann zu verhindern, wenn die Arbeitsproduktivität steigt.

Zu erwarten ist auch, daß die Exportdynamik angesichts der Rezession im Westen 1993 nachlassen wird.

Hinzu kommen für einige Länder weiterhin exogene Schocks wie die Trennung der ČSFR, die weitere Desintegration der GUS oder das Embargo gegen Restjugoslawien.

Vor diesem Hintergrund ist lediglich für Polen und Ungarn 1993 mit einem leichten Wirtschaftswachstum in allen Sektoren zu rechnen; allerdings ist bei sehr restriktiver Geld- und Fiskalpolitik auch ein leichter Rückgang möglich. Für Ost-Mitteleuropa insgesamt ist eine weitere Abnahme des BIP um bis zu 2% zu erwarten, die auf die Folgen der Teilung der ČSFR zurückgeht. Südosteuropa wird auch 1993 einen stärkeren Rückgang verzeichnen; nur die Volkswirtschaft Sloweniens wird stagnieren. Für die GUS, hier repräsentiert durch Rußland und die Ukraine, ist hingegen mit einem Sinken des BIP um 10% bis 15% zu rechnen.

Während in Kroatien, Rußland und der Ukraine — wenn auch aus unterschiedlichen Gründen — die mit der Liberalisierung der Preise ausgelöste Korrekturinflation in eine Hyperinflation übergegangen ist, die möglicherweise nur durch rigorose Beschränkung der Kreditschöpfung und des Budgetdefizits sowie durch Preis- und Lohnkontrollen bekämpft werden kann⁵⁾, beruhigt sich der Preisanstieg in den anderen Ländern, 1992 vor allem in Ost-Mitteleuropa. Der allerdings verbleibende monatliche Inflationssockel fällt von Land zu Land unterschiedlich aus. Nur in der ČSFR erreichte der durchschnittliche Verbraucherpreisanstieg 1992 weniger als 1% pro Monat. Grundsätzlich gilt: Je stärker die außenwirtschaftliche Öffnung, desto niedriger ist der Inflationssockel. In den meisten osteuropäischen

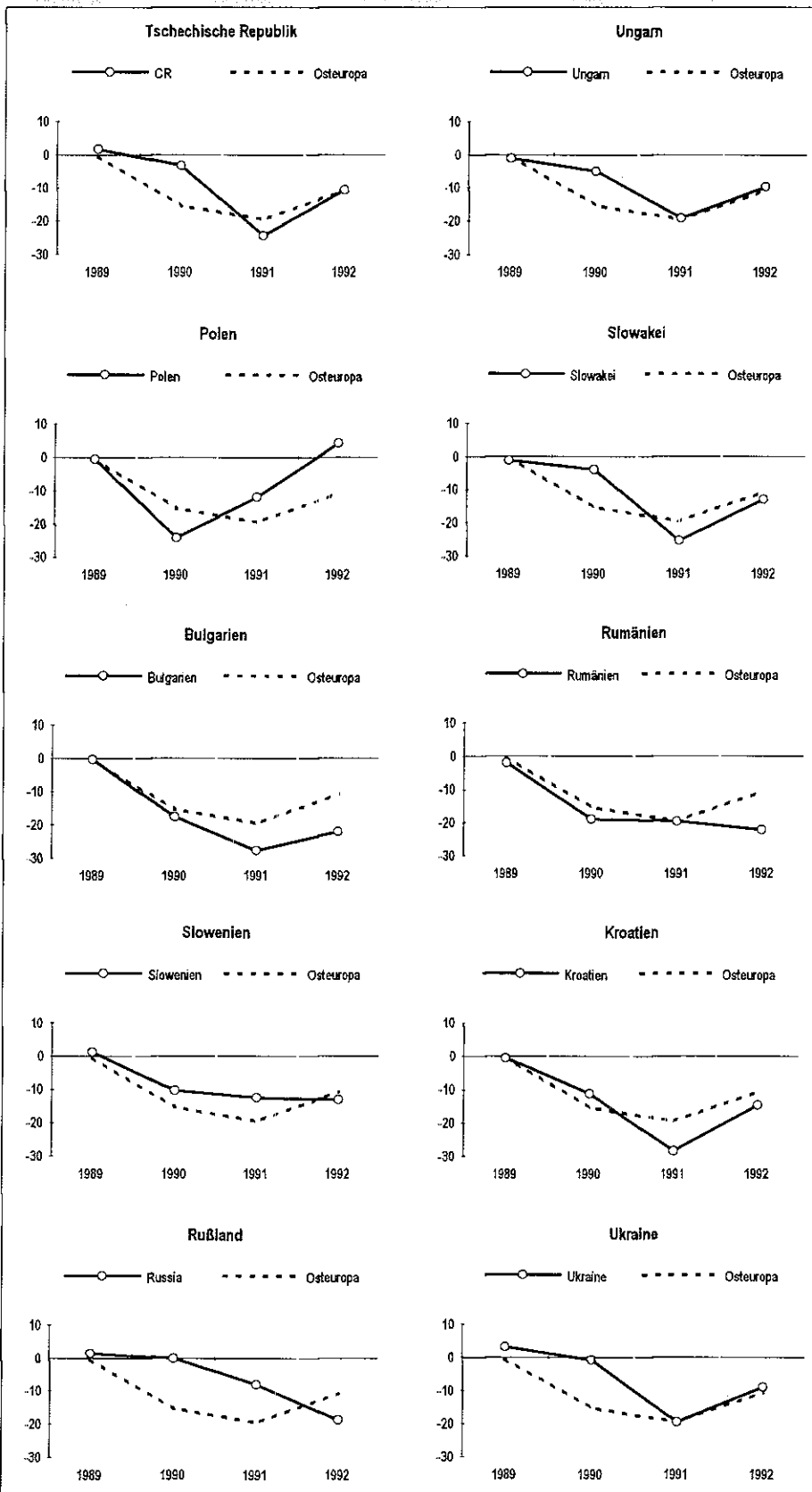
⁴⁾ Hunya G. 'Foreign Direct Investment and Privatization in Central and Eastern Europe'. Communist Economies and Economic Transformation 1992 4(4) S. 501ff.

⁵⁾ Der IWF hat für solche Fälle die „heterodoxen Stabilisierungsprogramme“ entwickelt, die neben den klassischen makroökonomischen Maßnahmen auch Preis- und Lohnkontrollen vorsehen (Kiguel M A. Liviatan N. „Zwischenbericht über heterodoxe Stabilisierungsprogramme“ Finanzierung & Entwicklung 1992 (März)).

Industrieproduktion

Veränderung gegen das Vorjahr in %

Abbildung 1



Osteuropa: Oststaaten ohne Rußland und Ukraine.

Ländern schrumpfen die Gewinnmargen der Unternehmen — ein Hinweis sowohl auf eine Einengung monopolistischer Preissetzungsspielräume (durch ausländische und private Konkurrenz) als auch — bei steigenden Preisen — auf eine kosteninduzierte Inflation. Hinzu kommen Sonderfaktoren wie etwa Steuererhöhungen und -reformen (Einführung der Mehrwertsteuer in Polen und der ČSFR) oder Abwertungen. Von einer Ausweitung der Nachfrage in diesen Ländern dürften daher nur geringe Gefahren für die Preisstabilität ausgehen.

Ein ernsthaftes Problem für eine mittel- und längerfristige Erholung bedeutet dagegen die Finanzierung von (wieder wachsenden) Defiziten in der Handels- und auch Leistungsbilanz. Sie haben ihre Wurzeln einerseits in der hohen Importintensität vor allem des privaten, aber auch des staatlichen Sektors, andererseits in der bereits bestehenden hohen Verschuldung der meisten Länder. Grundsätzlich wäre es möglich, durch weitere Abwertungen die Wettbewerbsfähigkeit des exponierten Sektors zu verbessern. Schließlich haben die meisten Währungen, mit Ausnahme des rumänischen Leu, 1992 real stark (tschechoslowakische Krone, bulgarischer Lew) oder schwach (Zloty, Forint) aufgewertet⁶⁾. Diese Aufwertung ist jedoch nicht mit Überbewertung gleichzusetzen, denn sie kompensierte lediglich einen Teil der sehr starken Abwertungen zu Beginn des Transformationsprozesses. Die meisten Währungen sind gegenüber der Kaufkraftparität unterbewertet, am stärksten übrigens der russische Rubel. Gegen erneute Abwertungen sprechen zwei Argumente:

- Sie könnten das wirtschaftspolitische Ziel der Inflationseindämmung gefährden und damit im In- und Ausland Zweifel an der Glaubwürdigkeit der Stabilisierungspolitik wecken.
- Im Westen wächst die negative Einstellung gegenüber einer Politik künstlich niedrig gehaltener Reallohne, die manchmal irreführend mit dem Begriff „Wechselkursdum-

⁶⁾ Je nachdem, welchen Deflator (Konsumgüter-, Erzeugerpreisindex, Lohnstückkosten) man anwendet, entstehen unterschiedliche Ergebnisse. Auf der Basis des Erzeugerpreisindex und unter Berücksichtigung eines Anstiegs der Außenhandelspreise dürften Zloty und Forint ihren realen Außenwert kaum verändert haben (Grosser I, „Shared Aspirations, Diverging Results, Part I — Overview“, WIIW-Forschungsberichte 1992 (191) S. 25f).

Verschuldung

Übersicht 4

Jahresendstand, in konvertibler Währung

	Bruttoverschuldung				Guthaben im Ausland ¹⁾				Nettoverschuldung			
	1989	1990	1991	1992	1989	1990	1991	1992 September	1989	1990	1991	1992 September
	Mrd \$											
CSFR	7,9	8,1	9,3	9,5 ²⁾	2,2	1,4	2,8	4,4	5,7	6,7	6,5	5,4
Tschechische Republik				6,3 ²⁾				2,9				3,6
Slowakische Republik				3,2 ²⁾				1,5				1,8
Polen	40,8	48,5	48,4	46,9 ³⁾	4,0	7,8	5,1	6,7	36,8	40,7	43,3	44,2
Ungarn	20,4	21,3	22,7	22,1 ³⁾	1,2	1,8	3,7	4,0	19,2	19,5	19,0	19,5
Bulgarien	9,2	10,0	11,4	12,9	1,2	0,6	1,0	1,4	8,0	9,4	10,4	10,8
Rumänien	0,2	0,2	1,1	2,3	1,8	0,6	0,6	0,7	-1,6	-0,4	0,5	1,4
Ehemaliges Jugoslawien	17,3	16,5	15,6 ⁴⁾	14,9 ⁴⁾	7,1	8,0	5,0	5,4	10,2	8,5	10,6	9,7
Slowenien ⁴⁾		2,0	1,9	1,7								
Kroatien ⁴⁾		3,1	2,8	2,7								
Rußland ⁵⁾	52,4	56,2	70,1	80,2 ⁵⁾			8,8	12,2			61,2	60,8
Ukraine ⁶⁾			(11,5)	(13,1)								

O: Nationale Statistiken, BIZ, WIIW. — ¹⁾ BIZ-Methode: Ohne Devisenreserven der Zentralbanken. — ²⁾ WIIW-Schätzung. Ehemaliges Jugoslawien ohne Zinsruckstande. — ³⁾ November. — ⁴⁾ Ohne Anteil an der Bundesschuld des ehemaligen Jugoslawien. — ⁵⁾ Verschuldung der ehemaligen UdSSR. — ⁶⁾ Einschließlich 7 Mrd. \$ aus Schuldenmoraorium und Rückständen. — ⁷⁾ Der Anteil der Ukraine von 16,37% der Verschuldung der ehemaligen UdSSR wurde vorläufig von Rußland übernommen (November 1992)

ping“ bezeichnet wird⁷⁾). Zutreffend ist allerdings, daß Westeuropa langfristig nicht mit einem Gebiet in unmittelbarer Nachbarschaft Freihandel betreiben kann, in dem Löhne wie in Entwicklungsländern gezahlt werden.

Es bleibt also ein Finanzierungsproblem, das weniger 1993 als vielmehr in den kommenden Jahren akut zu werden droht. Mit Ausnahme Ungarns und der Tschechischen Republik verzeichneten 1992 alle Länder nur einen schwachen Netto-Kapitalimport, um Handels- und Leistungsbilanzdefizite zu finanzieren. 1992 dürften die aggregierten Forderungen des westlichen Bankensystems gegenüber Osteuropa (ohne früheres Jugoslawien) um rund 2 Mrd. \$ gesunken sein, während der über die Zahlungsbilanz registrierte Zufluß an ausländischem Kapital bei rund 2,5 Mrd. \$ lag; d. h. der Netto-Kapitalimport der ganzen Region erreichte nur 500 Mill. \$. Dafür gibt es wahrscheinlich zwei wichtige Gründe:

— Die Absorptionsfähigkeit der Oststaaten ist sehr gering, und zwar nicht nur wegen ungelofter institutioneller Probleme wie z. B. unterentwickelter Finanzsysteme oder ungelofter Eigentumsverhältnisse, sondern auch aufgrund nur schwacher Gewinnerwartungen. Ein typisches Zeichen der schwachen Absorptionsfähigkeit ist die geringe Ausnutzung von Weltbankkreditlinien.

— Ein anderes Problem ist das mangelnde Vertrauen in die Reformpolitik. Hyperinflation und Kapitalflucht in Rußland und der Ukraine (letzteres neuerdings auch in Rumänien und Kroatien) sind vor allem eine Frage der Glaubwürdigkeit. In Rußland vertrauen immer weniger Anleger einem Erfolg der Reformpolitik. Die Glaubwürdigkeit der rumänischen Regierung hat angesichts der wechselnden Ziele ihrer Preis- und Wechselkurspolitik gelitten. An Glaubwürdigkeit verlieren könnte auch die Slowakei, falls die Regierung angesichts des Schwunds an Reserven die Konvertibilität der slowakischen Krone einschränkt.

Hubert Gabrisch

Bulgarien: Konsolidierung der Wirtschaft noch nicht in Sicht

Im zweiten Jahr nach dem „Liberalisierungsschock“ blieb die angestrebte Stabilisierung von Produktion und Inflation in Bulgarien weitgehend aus. Ein weiterer Rückgang der Inlandsnachfrage ging parallel mit äußerst beschränkter Außenfinanzierung und mit Verlusten bedingt durch die Sanktionen gegenüber Restjugoslawien. Verzögerungen institutioneller Reformen beeinträchtigten die Kontrollierbarkeit wirtschaftlicher Abläufe.

Jüngste offizielle Angaben beziffern den Rückgang des Brutto-Inlandsproduktes im Jahr 1992 mit 7,7% (1991

— 11,7%). Da für andere Wirtschaftsindikatoren keine vergleichbaren Revisionen zum Besseren vorliegen, ist eine Konsistenz der Datenbasis derzeit nicht gegeben. Der Beitrag des privaten Sektors, bestehend aus neu-

Bei anhaltender Krise der Realwirtschaft gestaltet sich die Stabilisierung des monetären Bereichs in Bulgarien äußerst schwierig. Fortschritte institutioneller Reformen sind mittlerweile Vorbedingung weiterer Außenfinanzierung geworden.

gegründeten und restituierten Kleinunternehmen vorwiegend im Handels- und Dienstleistungsbereich, erhöhte sich auf rund 15% des BIP. Mit der Privatisierung von Staatsunternehmen wurde erst Anfang 1993 begonnen. Der staatliche Unternehmenssektor hatte 1992 neuerlich schwere Produktionseinbruche zu verzeichnen. Der Anstieg der registrierten Arbeitslosenquote auf 14,8% zum Jahresende war von keinem spürbaren Strukturwandel begleitet.

Die Industrieproduktion ging nach vorläufigen Angaben um 22% zurück, die durchschnittliche Kapazitätsauslastung lag bei 56% bis 60%. Die landwirtschaftliche Produktion blieb, beeinträchtigt u. a. durch Dürre und ungeklärte Eigentumsrechte im Zuge der Agrarreform, um 12,9% unter dem Vorjahresergebnis. In beiden Sektoren verschlechterte sich die Finanzlage der Unternehmen zusehends. Eine

⁷⁾ Dumping bezeichnet eine Preispolitik, welche die Auslandspreise umgerechnet zum offiziellen Wechselkurs in Inlandswahrung unter den Inlandspreisen hält. Diese Definition trifft jedoch hier nicht zu.

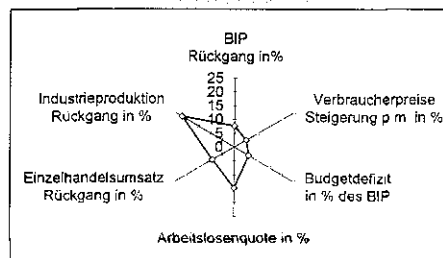
**Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschafts-
entwicklung Bulgariens**

Übersicht 5

	1988	1989	1990	1991	1992
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Inlandsprodukt	+2,6	-1,9	-9,1	-11,7	-7,7
Industrie ¹⁾					
Bruttoproduktion	+5,3	-0,3	-17,6	-27,8	-22
Beschäftigte	+0,9	+8,9	-6,3	-19,4	
Arbeitsproduktivität	+4,3	-8,4	-12,0	-10,4	
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	+0,1	+0,8	-6,0	-6,4	-12,9
Pflanzenbau	-0,3	+5,3	-7,4	+3,2	
Tierhaltung	+0,5	-2,7	-4,5	-15,7	
Brutto-Anlageinvestitionen ²⁾	+2,4	+1,3	-6,1	+41,6	
Einzelhandelsumsätze ³⁾					
Nominell	+3,2	+10,2	+11,3	+108,9	+64 ³⁾ 4)
Real ⁵⁾	+0,8	+3,6	-11,9	-50,0	-9,1 ³⁾
Durchschnittliche Löhne und Gehälter ¹⁾					
Nominell (brutto)	+7,6	+8,8	+31,5	+167,3	+112,6 ⁴⁾
Real (bis 1990 netto)	+5,5	+1,0	+5,5	-41,9	+11,3 ⁴⁾
Realeinkommen pro Kopf	+3,3	-1,2	+4,1		
Einzelhandelspreise	+2,4	+6,4	+26,3	+317,4	+91 ⁴⁾ 6)
Arbeitslosenquote ⁷⁾			1,7	10,9	14,8
Exporte ⁸⁾					
Insgesamt	+4,5	-5,2	-22,8	+443,3	+42,3
In die westlichen Industrieländer	-1,1	+18,6	-13,7	+1419,8	+128,8
Importe ⁸⁾					
Insgesamt	-1,0	-8,1	-19,4	+337,5	+78,6
Aus den westlichen Industrieländern	-0,0	+1,7	-29,8	+360,2	+153,1
Dollar-Wechselkurs ⁹⁾	0,833	0,843	0,786	17,36	23,34

1991 1992 vorläufige Ergebnisse; Brutto-Inlandsprodukt: revidiert. — ¹⁾ Ohne privaten Sektor. — ²⁾ Zu laufenden Preisen. — ³⁾ Einschließlich des privaten Sektors. — ⁴⁾ Schätzung. — ⁵⁾ Errechnet. — ⁶⁾ Verbraucherpreise. — ⁷⁾ Jahresendstand, in % der Arbeitskräfte. — ⁸⁾ Auf (Voluta-)Lewa-Basis; hohe Zuwächse 1991 und 1992 durch starke Abwertung 1992 auch durch geänderte Erfassungsmethode (Zollstatistik). — ⁹⁾ Offizielle Kurse in Valuta-Lewa bis 1990 zentrale Kurse in Lewa ab 1991 Periodendurchschnitt

Wirtschaftskennzahlen Bulgariens 1992 *Abbildung 2*



Nach monatelanger Regierungskrise und Lähmung der Wirtschaftspolitik trat Bulgarien das Jahr 1993 mit einer neuen Regierung an. Diese bekennt sich grundsätzlich zu weiteren marktwirtschaftlichen Reformen, zu gemäßigt restriktiver Nachfragepolitik, aktiverer Industrie-, Exportförderungs- und Beschäftigungspolitik und mäßigem Schutz heimischer Produzenten. Die Regierung geht für 1993 von einem Rückgang des Brutto-Inlandsproduktes um rund 4% und der Beschäftigung um 1% aus sowie von einer Inflationsrate in der Größenordnung des Vorjahres und einem Budgetdefizit von 7,9% des BIP. Die Geldpolitik, von begrenzter Wirksamkeit im Kampf gegen die Inflation, soll weiterhin restriktiv gehalten werden.

Geringe positive Effekte können 1993 von der vereinbarten Handelsliberalisierung mit EG und EFTA ausgehen, möglicherweise auch von einer Mäßigung der internen Nachfragebeschränkungen und der Wiederherstellung der Sozialpartnerschaft. Jedoch bleibt wirtschaftspolitisch noch vieles offen und die Handlungsfähigkeit beschränkt. Neben der Beeinträchtigung durch den Krieg im ehemaligen Jugoslawien und die Störungen im Handel mit Rußland wird die Außenfinanzierung äußerst eng bleiben. Der Abschluß eines neuen Beistandsabkommens mit dem Internationalen Währungsfonds ist auch an die vorangehende Durchführung von Reformmaßnahmen gebunden und nicht vor Sommer 1993 zu erwarten.

Ilse Grosser

**Landestrennung verzögert
Erholung der tschechischen
Wirtschaft**

Mit Beginn des Jahres 1993 wurde die Tschechoslowakei in die Tschechi-

teilweise Bereinigung uneinbringlicher Schulden im Dienste der Privatisierung und der laufenden Bankenreform steht bevor.

Privater Konsum und Investitionen waren weiter rückläufig. Die Einzelhandelsumsätze sanken real um 9,1%; nach einer Zunahme um 11% (Schätzung) lag der durchschnittliche Reallohn 1992 um mehr als ein Drittel unter dem Niveau des Jahres 1990. Das Budgetdefizit überschritt den gesetzlichen Rahmen, es betrug auf Kassenbasis etwa 6% des vorläufigen BIP. Der Staatshaushalt geriet von der Einnahmen- und der Ausgaben-seite unter steigenden Druck.

Im Jahresdurchschnitt nahmen die Verbraucherpreise 1992 um 91% zu (Schätzung). Nach weiteren Preisfreigaben und -erhöhungen beruhigte sich die Inflation im Sommer bei stabilem Wechselkurs vorübergehend. Angesichts neuerlicher Energiepreis-erhöhungen, begleitet von Einkommensanpassungen, stiegen die Verbraucherpreise zwischen Dezember 1992 und März 1993 um 18,2%. Der Lew wertete nominell deutlich ab. Der Leitzinssatz wurde, nach einer stufenweisen Rücknahme auf 41% p.a. im Jahr 1992, wieder auf 51% p.a. angehoben.

Nach dem Einbruch des Vorjahres zeigte der Außenhandel 1992 Zuwächse und eine anhaltende Umorientierung in Richtung OECD, der Handel mit den ehemaligen RGW-Ländern ging weiter zurück. Laut Zahlungsbilanzstatistik stiegen die Exporte in konvertibler Währung 1992 um 36%, die Importe um 22%, die Handelsbilanz erzielte einen Überschuß von 485 Mill. \$ (1991 Defizit von 32 Mill. \$). Wesentlich schlechtere Ergebnisse zeigt die Zollstatistik, deren Angaben jedoch mit den Werten des Vorjahres nicht unmittelbar vergleichbar sind.

Die Leistungsbilanz schloß 1992 mit einem Überschuß von 452 Mill. \$ (1991 Defizit von 77 Mill. \$) — allerdings ohne Berücksichtigung von Zinsrückständen. Die Devisenreserven der Nationalbank konnten mit Jahresende auf 860 Mill. \$ aufgestockt werden. Gleichzeitig erhöhte sich die Brutto-Auslandsverschuldung auf etwa 12,9 Mrd. \$ Nach einer Unterbrechung von 2½ Jahren begann Bulgarien im IV. Quartal 1992 mit der Zahlung eines Teiles der laufenden Zinsen an westliche Gläubigerbanken. Über die Höhe des Schuldennachlasses konnte noch keine Einigung erzielt werden.

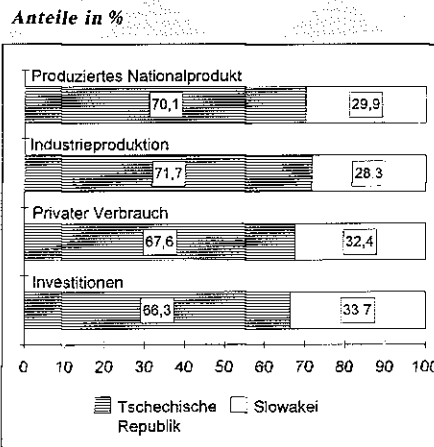
sche Republik und die Slowakei geteilt. Die Tschechoslowakei hatte sich 1991 für einen radikalen Übergang zur Marktwirtschaft entschieden, der im ersten Reformjahr einen wesentlich stärkeren Rückgang der Wirtschaft und des Lebensstandards mit sich brachte, als die föderative Regierung erwartet hatte. Von dieser Entwicklung war die Slowakische Republik, mit ihren wesentlich größeren Strukturproblemen, stärker betroffen als die Tschechische Republik. Während die tschechischen Wähler bei den Wahlen im Juni 1992 eher für eine Fortsetzung der eingeschlagenen Wirtschaftspolitik stimmten, erteilte die Mehrheit der slowakischen Bevölkerung dem liberalen Reformkurs des tschechischen Premierministers

Aufgrund der Belebung der heimischen Nachfrage stabilisierte sich die tschechische Wirtschaft in der zweiten Jahreshälfte 1992. Trotz passiver Handelsbilanz bleibt die außenwirtschaftliche Position der Tschechischen Republik günstig.

Klaus eine Absage und votierte für mehr Selbständigkeit

Im Laufe des Jahres 1992 stabilisierte sich die tschechische Wirtschaft. Zwar sank das Brutto-Inlandsprodukt gegenüber 1991 im Jahresdurchschnitt um 7,1%, dank des dynamischen Wachstums des Privatsektors (vor allem in der Bauwirtschaft und im Dienstleistungssektor) ergab sich aber im IV Quartal 1992 eine Steigerung des BIP gegenüber dem Vorjahr

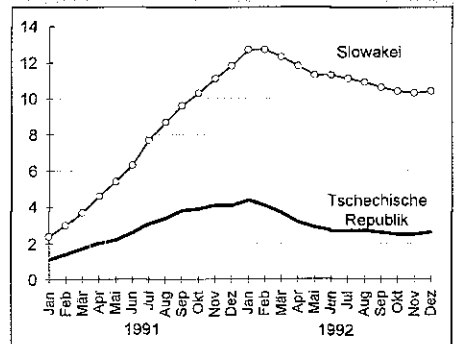
Wirtschaftskennzahlen Abbildung 3 Tschechiens und der Slowakei 1991



von rund 4%. Der Anteil des Privatsektors am BIP stieg 1992 auf rund 20%. Der Rückgang in der Industrieproduktion setzte sich 1992 fort (-10,6%), aber die Bauproduktion wuchs um 22%, im IV Quartal 1992 sogar um 38%. Die Brutto-Agrarproduktion fiel weiter um 12%. Im Laufe des Jahres 1992 sank die Arbeitslosenquote von 4,1% auf 2,6%: Bei anhaltender Überbeschäftigung in den Staatsbetrieben wächst die Nachfrage des Privatsektors nach Arbeitskräften

Die Verbraucherpreise stiegen 1992 gegenüber dem Vorjahr um 11,1%. Die Einkommen der Bevölkerung und Löhne verzeichneten einen realen Zuwachs von 9% bzw 10%. Die Einzelhandelsumsätze stiegen real um 19,8%: Angesichts der bevorstehenden Einführung der Mehrwertsteuer

Arbeitslosenquote in Tschechien und der Slowakei Abbildung 4



In % der Beschäftigten (Arbeitslose, Beschäftigte und Frauen in Karenzurlaub).

im Jänner 1993 war vor allem im IV Quartal 1992 ein deutlicher Anstieg der Anschaffungen von Konsumgütern zu verzeichnen, auch die Käufe von Touristen nahmen erheblich zu

1992 gingen die Exporte um 1,8% zurück, die Importe wuchsen um 20,7%. Die gesamte Handelsbilanz verzeichnete ein Defizit von 22,6 Mrd Kčs. Der Export in die OECD-Länder wurde um 21% gesteigert, der Import um 41%, das Handelsdefizit betrug 13,2 Mrd Kčs. Die ausländischen Direktinvestitionen in die tschechische Wirtschaft verdoppelten sich 1992 auf rund 1 Mrd \$. Am 1. Jänner 1993 nahm die Tschechische Nationalbank ihre Tätigkeit auf, mit Hartwährungsreserven von über 800 Mill \$. Nach dem mit der Slowakei vereinbarten Aufteilungsschlüssel übernahm die Tschechische Republik zum 1. Jänner 1993 über zwei Drittel der ČSFR-Hartwährungsverschuldung (6,9 Mrd \$)

Das Gesetz über die Vermögensaufteilung der Föderation wurde im November 1992 verabschiedet, bisher aber noch nicht vollständig durchgeführt. Danach werden Immobilien nach dem territorialen Prinzip, andere Aktiva und Passiva nach dem Bevölkerungsanteil (2:1 zugunsten der Tschechischen Republik) aufgeteilt. Ferner erstellten beide Staaten für 1993 eigenständige (ausgeglichene) Budgets (ohne Umverteilung zugunsten der Slowakei). Anfang 1993 wurde eine Währungs- und Zollunion vereinbart, die Währungsunion galt jedoch nur 38 Tage. Der künftige bilaterale Handel wird auf Clearing-Basis mit einem Kreditrahmen von 130 Mill ECU abgewickelt. Allerdings ist aufgrund der jüngsten Entwicklung

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung der Tschechischen Republik Übersicht 6

	1989	1990	1991	1992
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Brutto-Inlandsprodukt	+1,5	- 2,0	-14,0	- 7,1
Industrie (Bruttoproduktion) ¹⁾	+1,7	- 3,3	-24,4	-10,6
Bauwirtschaft (Bruttoproduktion) ¹⁾	+2,4	- 2,6	-35,6	+22,0
Landwirtschaft (Bruttoproduktion) ¹⁾	+2,3	- 2,3	- 8,9	-11,8
Brutto-Anlageinvestitionen	+1,8	+ 6,5	-26,8	
Einzelhandelsumsätze				
Nominell	+3,4	+12,2	- 3,2	+33 ²⁾
Real	+2,1	+ 1,9	-39,4	+19,8
Durchschnittliche Löhne und Gehälter (ohne landwirtschaftliche Kooperativen)				
Nominell	+2,2	+ 3,5	+16,7	+23 ²⁾
Real	+0,7	- 5,4	-23,7	+10,1
Verbraucherpreise	+1,4	+ 9,7	+56,7	+11,1
Arbeitslose				
Jahresendstand		39 379	221 749	134 788
Arbeitslosenquote ³⁾		0,6	4,1	2,6

Q: Statistisches Zentralamt Prag, Tschechisches Statistisches Amt, 1992 vorläufige Ergebnisse — ¹⁾ 1989/1991 Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten, 1992 alle Unternehmen; Unternehmen mit mehr als 25 Beschäftigten: Industrie -13,7%, Bauwirtschaft +4,8% — ²⁾ Errechnet — ³⁾ Arbeitslose in % der Beschäftigten (einschließlich Frauen im Karenzurlaub und Arbeitslose)

mit einem deutlichen Rückgang im bilateralen Handel um 30% bis 40% zu rechnen. Dies wird zumindest kurzfristig die Produktion sinken lassen, da beide Länder in einer Zeit der Rezession im Westen neue Märkte nur mühsam gewinnen werden.

Die Entwicklung der tschechischen Wirtschaft im Jahr 1993 hängt in erster Linie von den wirtschaftlichen Beziehungen mit dem wichtigsten Handelspartner, der Slowakei, ab. Die Auswirkungen des Konkursgesetzes, das in einer novellierten Fassung im II. Quartal 1993 in Kraft treten wird, sind noch nicht absehbar. Obwohl die erste Welle der „großen Privatisierung“ (mittels der Kuponmethode) Ende 1992 abgeschlossen war, müssen ihre Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben der Betriebe noch abgewartet werden, da die tschechische Regierung die Ausgabe von Aktien seit März 1993 verzögert. Für das Jahr 1993 erwartet das WIIW einen Rückgang des Brutto-Inlandsproduktes um 3% bis 4% und einen Anstieg der Arbeitslosenquote auf rund 6%. Die Inflationsrate könnte 17% bis 20% erreichen. Obwohl ein ausgeglichenes Budget veranschlagt wurde, kann infolge niedrigerer Einnahmen ein leichtes Defizit erwartet werden. Da die Hartwährungsreserven seit der Währungstrennung wieder steigen, ist ein stabiler Wechselkurs der tschechischen Krone sehr wahrscheinlich.

Zdenek Lukas

Strukturschwächen beeinträchtigen die Wirtschaft der Slowakei

Einer der Hauptgründe für die Teilung der Tschechoslowakei mit 1. Jänner 1993 waren die undifferenzierten Reformmaßnahmen für die beiden wirt-

Im 2. Halbjahr 1992 verlangsamte sich der Schrumpfungsprozeß in der slowakischen Wirtschaft. Obwohl das Handelsbilanzdefizit verringert werden konnte, verschlechterte sich die außenwirtschaftliche Position der Slowakei nach der Spaltung der ČSFR.

schaftlich unterschiedlich entwickelten Teilrepubliken. Die slowakische Wirtschaft hat mit Strukturschwächen zu kämpfen, insbesondere dem über-

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung der Slowakischen Republik

Übersicht 7

	1989	1990	1991	1992
	Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Brutto-Inlandsprodukt			-16,4	-8,7
Industrie (Bruttoproduktion) ¹⁾	-1,3	-4,0	-25,4	-12,9
Bauwirtschaft (Bruttoproduktion) ¹⁾	+0,5	-10,2	-33,2	+10,0
Landwirtschaft (Bruttoproduktion) ¹⁾	+0,6	-7,2	-7,4	-11,9
Brutto-Anlageinvestitionen	+1,3	+5,3	-28,1	+7,4
Einzelhandelsumsätze				
Nominell	+3,8	+11,4	± 0,0	+24,8
Real	+2,5	+0,6	-39,2	+15,0
Durchschnittliche Löhne und Gehälter (ohne landwirtschaftliche Kooperation)				
Nominell	+2,3	+4,1	+16,5	+2,7
Real	+0,9	-5,9	-25,3	+14,3
Verbraucherpreise	+1,3	+10,4	+61,2	+10,1
Arbeitslose		Jahresendstand		
Arbeitslosenquote ²⁾		in %	39 603	301 951
Exporte insgesamt		+1,6	+11,8	+10,4
In die westlichen Industrieländer				+1,9
Importe insgesamt				+25,7
Aus den westlichen Industrieländern				-5,3
				+29,2

Q: Statistisches Zentralamt, Prag, Slowakisches Statistisches Amt, 1992 vorläufige Ergebnisse. — ¹⁾ 1989/1991 Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten, 1992 alle Unternehmen; Unternehmen mit mehr als 25 Beschäftigten: Industrie — 12,5%, Bauwirtschaft + 4,3%. — ²⁾ Arbeitslose in % der Beschäftigten (einschließlich Frauen im Karenzurlaub und Arbeitslose)

proportional hohen Anteil der Grundstoff- und Rüstungsindustrie. Zwischen der Slowakei und der Tschechischen Republik besteht eine starke, aber ungleichgewichtige wirtschaftliche Verflechtung: Die Slowakei liefert vorwiegend Rohstoffe und Halbfertigwaren, während sie aus der Tschechischen Republik hauptsächlich Fertigprodukte bezieht. Die Produktion der Slowakei ist überdies stärker auf den tschechischen und den früheren RGW-Markt ausgerichtet als umgekehrt die Tschechiens.

Transferzahlungen der Tschechischen Republik von jährlich 0,6 bis 1 Mrd. \$ ermöglichten es der slowakischen Wirtschaft, mehr zu verwenden als zu produzieren. So ist der Anteil der Slowakei an Verbrauch, Investitionen und Ausgaben der öffentlichen Hand sowie am Import höher, als er dem Brutto-Inlandsprodukt, dem Export und den Regierungseinnahmen aus eigenen Quellen entsprechen würde. 1992 ging das Brutto-Inlandsprodukt um 8,7% zurück, der Anteil des Privatsektors am BIP stieg auf rund 20%. Die Industrieproduktion sank um 12,9%. Während die Produktion im Privatsektor um 11% zunahm, ging sie im Staatssektor um 17% zurück. Als erster Sektor erzielte die Bauwirtschaft einen Produktionszuwachs (+10%). Die Brutto-Agrarproduktion sank, auch witterungsbedingt, um 11,9%. Die Brutto-Anlageinvestitionen wurden real um 7,4% ge-

steigert. Erheblich mehr als im Vorjahr setzte der Einzelhandel um (real um rund 15%): Insbesondere im IV. Quartal 1992 wurden mehr Konsumgüter gekauft, da die Bevölkerung in der Folge der Einführung der Mehrwertsteuer (mit 1. Jänner 1993) einen Preisanstieg erwartete und der Kaufkraft der künftigen slowakischen Krone (Sk) mißtraute. Im Laufe des Jahres 1992 sank die Arbeitslosenquote von 11,8% auf 10,4%. Die Verbraucherpreise verzeichneten eine Steigerung von 10,1%. Das gesamte slowakische Budgetdefizit — einschließlich eines Drittels des föderativen Defizits der ČSFR — erreichte rund 12 Mrd. Kčs (mehr als 4% des BIP).

Die Umorientierung des Außenhandels auf die westlichen Länder setzte sich fort. Während im Handel mit der GUS die Exporte um 32,5% und die Importe um 23,3% schrumpften, stieg im Handel mit dem Westen die Ausfuhr um 25,7% und die Einfuhr um 29,2%. Das slowakische Handelsbilanzdefizit verringerte sich gegenüber 1991 deutlich und erreichte 2,1 Mrd. Kčs; im Handel mit dem Westen wurde ein Überschuss von 1,9 Mrd. Kčs verzeichnet. Der Zufluss ausländischer Direktinvestitionen in die slowakische Wirtschaft verlangsamte sich in der zweiten Jahreshälfte und erreichte bis Ende 1992 einen Wert von 231 Mill. \$.

Der Kreditrahmen, den der IWF der ČSFR bis Ende 1992 einräumte, be-

trug 1,8 Mrd \$; davon wurden 1,5 Mrd \$ in Anspruch genommen. Für diesen Betrag setzte der IWF einen Aufteilungsschlüssel von 1:2,29 zwischen der Slowakischen und der Tschechischen Republik fest. Von der gesamten Hartwährungsverschuldung der ČSFR übernahm die Slowakei zum 1. Jänner 1993 rund 3 Mrd \$. Die Hartwährungsreserven der Nationalbank der Slowakei, die zum Zeitpunkt der Teilung noch rund 400 Mill. \$ ausgemacht hatten, fielen bis zur Währungstrennung (8. Februar 1993) auf rund 180 Mill. \$. Seither haben sich die Hartwährungsreserven auf diesem niedrigen Niveau stabilisiert, nachdem die Regierung eine Beschränkung für Importe über 1 Mill. Sk (rund 34 000 \$) eingeführt hatte. Ende Februar 1993 verhandelten Finanzministerium und Nationalbank der Slowakei mit einer Delegation des IWF über einen Kredit von 100 bis 200 Mill. \$, um die Hartwährungsreserven aufzustocken. Allerdings wurde die vom IWF empfohlene Freigabe des Wechselkurses (Floating) von der Slowakei abgelehnt; überdies bezeichnete der IWF die für 1993 veranschlagten slowakischen Budgeteinnahmen als zu hoch und schätzte infolgedessen den gesamten als ausgeglichen erstellten Budgetentwurf als unrealistisch ein. Die Verhandlungen wurden abgebrochen.

Ende 1992 und Anfang 1993 trafen die Wirtschaft der Slowakei drei zusätzliche Schocks: die Spaltung der ČSFR, die Währungstrennung sowie die Erwartung der Abwertung der slowakischen Krone. Kurzfristig ist eine Erholung von diesen Ereignissen unwahrscheinlich. Deshalb müssen für das Jahr 1993 eine weitere Abnahme des Brutto-Inlandsproduktes um 5% bis 8% und ein Anstieg der Arbeitslosenquote auf rund 15% angenommen werden. Die Inflationsrate könnte rund 20% erreichen. Da die Budgeteinnahmen wahrscheinlich unter dem erwarteten Niveau bleiben und die Ausgaben (vor allem im Sozialbereich) überproportional steigen werden, ist im Staatshaushalt mit einem erheblichen Defizit zu rechnen. Die slowakische Krone bleibt wahrscheinlich unter starkem Abwertungsdruck.

Zdenek Lukas

Privater Konsum und Exporte beleben Polens Wirtschaft

1992 nahm das Brutto-Inlandsprodukt Polens — nach drastischen Rückgängen in den zwei Jahren zuvor — zum erstenmal seit 1989 wieder zu, wenn

Als einziges post-sozialistisches Land erzielte Polen 1992 ein leichtes Wirtschaftswachstum, das von der Nachfrage des Auslands und privaten Leistungen gefördert wurde. Für 1993 wird ein BIP-Wachstum von 2% erwartet; es ist allerdings durch eine restriktive Geldpolitik und unflexible Budgetpolitik gefährdet.

auch nur schwach. Der private Konsum und die (Netto-)Exporte wuchsen: Die Einzelhandelsumsätze stiegen real um 8%, das Handelsbilanzdefizit verringerte sich um 4%. Bei niedrigeren Reallöhnen dürfte die Belebung des privaten Konsums auf höhere Realeinkommen der privaten Unternehmen und Landwirte und möglicherweise auf eine verringerte Sparquote der privaten Haushalte zurückzuführen sein. Die Industrieproduktion wuchs um 4%. Die Produktion des Bausektors nahm sogar um rund 6% zu. Allerdings schlug sich die Belebung noch nicht in einer Zunahme

der Anlageinvestitionen nieder. Vielmehr nahmen Industrie- und Wohnungsbau weiter ab. Die Agrarproduktion blieb aufgrund der Trockenheit weit unter dem Vorjahresergebnis (—12%).

Hinter dieser insgesamt günstigen Entwicklung verbargen sich zwei Strukturfaktoren: Erstens hat die private Wirtschaft außerhalb der Landwirtschaft an Dynamik gewonnen und bietet für die Konsumenten zunehmend attraktive Leistungen an. Bei gegebener Nachfrage vermag sie auch dem öffentlichen Sektor — vor allem in der Bauwirtschaft und im Handel — Konkurrenz zu bieten. Der Output der privaten Industrie stieg real um 32% (Staatssektor —5%), jener der privaten Bauwirtschaft ebenfalls um 32% (—38%) und im privaten Handel um 18% (—37%). Zweitens wurde das Exportwachstum wesentlich von der Ausfuhr in die OECD getragen, während die Lieferungen in die frühere RGW-Region weiter abnahmen. Laut OECD-Statistik ist der Überschuss des Westens 1992 um 300 Mill. \$ gesunken; einen noch stärkeren Rückgang signalisiert die polnische Zollstatistik. Problematisch bleibt allerdings die hohe Importneigung des privaten Sektors. Vor allem der Staatssektor profitierte von einer

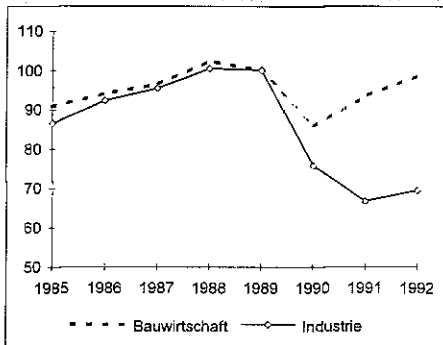
Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Polens Übersicht 8

	1988	1989	1990	1991	1992
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Brutto-Inlandsprodukt	+ 41	+ 0,2	- 11,6	- 7,6	+ 10
Privater Konsum	+ 34	- 0,3	- 15,3	+ 7,4	
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 61	- 21	- 10,6	- 4,5	± 0,0
Industrie					
Bruttoproduktion ¹⁾	- 53	- 0,5	- 24,2	- 11,9	+ 4,2
Beschäftigung	- 17	- 31	- 9,2	- 9,6	- 12 ²⁾
Arbeitsproduktivität	+ 71	+ 2,7	- 19,7	- 4,2	+ 10,9
Bauwirtschaft					
Bruttoproduktion ¹⁾	+ 61	- 9,3	- 14,4	+ 8,9	+ 5,5
Beschäftigung	+ 0,8	- 2,3	- 5,7	- 0,1	
Fertiggestellte Wohnungen	- 1,0	- 20,8	- 10,6	- 0,8	
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	+ 12	+ 1,5	- 2,2	- 1,6	- 11,9
Pflanzenbau	- 0,3	+ 2,7	+ 0,1	- 2,8	- 20
Tierhaltung	+ 32	- 0,1	- 5,2	- 0,4	- 3,9
Einzelhandelsumsätze real	+ 39	- 2,7	- 9,3	+ 7,6	+ 8,3
Durchschnittliche Monatslöhne					
Nominell	+ 81,9 ³⁾	+ 291,8	+ 398,0	+ 70,6	+ 37,6
Real	+ 13,5	+ 11,6	- 17,4	+ 0,2	- 3,8
Geldeinkommen der Bevölkerung nominell	+ 83,9	+ 280,4	+ 445,2	+ 77,4	
Konsumübertpreise	+ 60,2	+ 251,1	+ 585,8	+ 70,3	+ 43
Außenhandel (fob) real					
Exporte	+ 91	+ 0,2	+ 13,7	- 2,4	
Importe	+ 94	+ 1,5	- 17,9	+ 37,8	
Außenhandel in Dollar (Zahlungsbilanz)					
Exporte	+ 4,7	+ 4,5	+ 43,4	+ 17,4	+ 9,7
Importe	+ 7,3	+ 16,3	+ 17,9	+ 46,9	+ 6,1

Q: Statistische Jahrbücher Polens, Rzeczpospolita vom 28. Jänner 1992 (Jahresbericht des Statistischen Zentralamtes) Nationalbank Polens Berechnungen des WiW — ¹⁾ Verkäufe — ²⁾ Öffentlicher Sektor — ³⁾ Nur Staatssektor

Wirtschaftsentwicklung in Polen *Abbildung 5*

1989 = 100



ersten Öffnung der EG-Märkte im März 1992 („Europa-Verträge“)

Die Inflation hat sich 1992 weiter abgeschwächt. Das Defizit im Staatshaushalt war mit 6% des BIP zwar höher als 1991, blieb aber innerhalb der von der Budgetnovelle im Herbst 1992 gesetzten Grenze. Ausschlaggebend dafür waren die Bemühungen des Finanzministers, durch höhere Tarife und Preise für staatliche Leistungen die Budgeteinnahmen zu erhöhen bzw die Ausgaben zu senken. Im übrigen trug dies dazu bei, die Inflationsrate auf einem relativ hohen Sokkel zu halten.

Für 1993 wird wieder ein leichtes Wachstum des BIP um bis zu 2% erwartet. Bei durchschnittlichen Witterungsbedingungen dürfte die Landwirtschaft unterstützend wirken. Zwei Faktoren könnten diese Prognose allerdings wieder in Frage stellen: Erstens könnte sich das Exportwachstum stärker als erwartet abschwächen, weil die Rezession für die wichtigsten westlichen Handelspartner ebenfalls stärker als erwartet ausfällt. Zweitens könnte sich das erhoffte Wachstum der Investitionen um real rund 8% nicht einstellen, weil die Rentabilität des Unternehmenssektors nach wie vor äußerst gering und das Realzinsniveau für längerfristige Kredite zu hoch ist (rund 20% auf Jahresbasis 1992, deflationiert anhand der Erzeugerpreise). Unsicherheiten bestehen auch über das Sparverhalten der privaten Haushalte. Hinzu kommt ein weiterer Anstieg der Arbeitslosenquote (Ende 1992 rund 14%) mit unbekanntem Multiplikatorwirkungen.

Politisch trat mit der Regierung Suchocka seit Juli vergangenen Jahres eine Stabilisierung ein, die sich gün-

stig auf die Wirtschaft auswirken dürfte. Da aber die parlamentarische Basis der Regierung sehr schwach ist, sind ihr Sturz und Neuwahlen in diesem Jahr nicht ausgeschlossen. Der IWF gab einem neuen einjährigen Beistandsabkommen mit einem Kreditrahmen von 655 Mill \$ im März 1993 grünes Licht, nachdem sich die polnische Regierung zu einer Senkung des Budgetdefizits durch Ausgabenkürzungen verpflichtet hatte. Wie realistisch diese Verpflichtung ist, bleibt abzuwarten. Defizitüberschreitungen hatten in den vergangenen Jahren bereits zweimal die Suspendierung von Abkommen durch den Fonds zur Folge. Problematisch ist auch die Verzögerung der Privatisierung. Ein entsprechendes Gesetz wurde vom Parlament abgelehnt. Alle diese Unsicherheiten dürften dazu beitragen, daß Direktinvestitionen des Auslands auch 1993 und in den folgenden Jahren nur spärlich fließen.

1992 schloß die Leistungsbilanz mit einem Defizit von 270 Mill \$ (1991 -336 Mill. \$). Für 1993 wird ein Anstieg des Defizits um 200 Mill \$ erwartet. An neuen Krediten (ohne Umschuldungsoperationen) erhielt Polen 1992 560 Mill \$, hauptsächlich von der Weltbank. Die geringe Kreditvergabe ist nicht nur auf die Überschuldung (Ende 1992 rund 48 Mrd \$), sondern auch auf die noch sehr schwache Absorptionsfähigkeit der polnischen Wirtschaft zurückzuführen, wie die nur wenig genutzten Kreditlinien der Weltbank zeigen. Ausländische Direktinvestitionen erreichten 1992 280 Mill \$. Der Netto-Kapitalimport (Netto-Kreditaufnahme minus Kreditrückzahlung plus Direktinvestitionen) betrug 400 Mill \$. Da ein Schuldenabkommen mit den Gläubigerbanken weiterhin nicht in Sicht ist, kann sich die ungeklärte Verschuldungslage mittelfristig als beträchtliches Hindernis für eine Belebung der Wirtschaft erweisen, wenn nämlich steigende Handelsbilanzdefizite finanziert werden müssen.

Hubert Gabrisch

Rumänien 1992/93: Weiterhin Inflation und Rezession

1992 vertiefte sich die Rezession in Rumänien, während sich die Inflation beschleunigte. Der Rückgang des

Brutto-Inlandsproduktes betrug 15,4%. Sowohl Industrie (-22,1%) als auch landwirtschaftliche Produktion (-9,2%) erlitten 1992 größere Einbußen als im Jahr zuvor. Rund ein Viertel des BIP wurde vom Privatsektor (ein-

Rumäniens Wirtschaftspolitik bestand im größten Teil des Jahres 1992 in einer Mischung aus strenger monetärer Beschränkung, administrativer Preis- und Lohnkontrolle, Produktions-subsventionierung und Wechselkursliberalisierung. Der Rückgang der Gesamtnachfrage, wachsende Unsicherheit und zunehmende Friktionen trugen zu Rezession und Inflation bei.

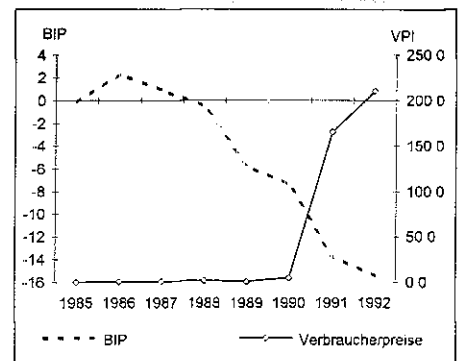
schließlich der privatisierten Landwirtschaft) erwirtschaftet. Die Kapitalbildung ging brutto um 26,5% zurück, stärker als der private Verbrauch (-10,5%) und der öffentliche Konsum. Die Brutto-Anlageinvestitionen nahmen um 20% ab.

Die Ergebnisse der Industrieproduktion schwankten über das Jahr 1992 je nach Verfügbarkeit von Rohstoffen, Krediten und Exportmöglichkeiten. Der Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion war vor allem durch die äußerst geringe Getreideernte bedingt; neben der Dürre wirkten sich die Abnahme der Produktionsinputs sowie geringere Anbauflächen im Zuge der Bodenprivatisierung negativ aus.

Der Anstieg der Verbraucherpreise beschleunigte sich gegenüber 1991 und erreichte trotz breiter Preiskontrollen 210%. Die Subventionen für Verbraucherpreise wurden 1992 zweimal gekürzt, doch herrschte weiterhin

Wirtschaftsentwicklung in Rumänien *Abbildung 6*

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Rumäniens

Übersicht 9

	1988	1989	1990	1991	1992
		Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Brutto-Inlandsprodukt	- 0,5	- 5,8	- 7,4	- 13,7	- 15,4
Industrie					
Bruttoproduktion	+ 3,1	- 2,1	- 19,0	- 19,6	- 22,1
Beschäftigte	+ 0,3	+ 2,7	+ 1,6	- 9,6	- 10,6
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	+ 5,8	- 5,0	- 2,9	+ 1,0	- 9,2
Pflanzenbau	+ 8,5	- 1,7	- 7,2	+ 4,0	
Tierhaltung	+ 3,0	- 8,9	+ 2,1	- 4,0	
Brutto-Anlageinvestitionen	- 2,2	- 1,5	- 38,3	- 26,0	- 20,0
Einzelhandelsumsätze					
Nominell	+ 0,5	+ 1,6	+ 21,2	+ 107,5	+ 153,4
Real	+ 0,5	+ 1,7	+ 10,4	- 26,6	- 17,5
Durchschnittliche Löhne und Gehälter					
Nominell	+ 2,6	+ 4,0	+ 10,5	+ 121,3	+ 163,8
Real	- 0,2	+ 2,1	+ 4,6	- 17,2	- 15,0
Verbraucherpreise (Einzelhandelspreise)	+ 1,7	+ 0,9	+ 4,2	+ 165,5	+ 210,4
Exporte (fob)					
Insgesamt (in Lei ¹⁾)	+ 8,6	- 7,9	- 41,7	- 4,0	+ 7,1
In konvertibler Währung (Dollarbasis)	+ 9,2	- 8,4	- 41,5	+ 1,0	+ 13,6
Importe (fob)					
Insgesamt (in Lei ¹⁾)	- 8,1	+ 10,4	+ 14,4	- 29,6 ²⁾	+ 0,1 ²⁾
In konvertibler Währung	- 18,5	+ 16,1	+ 50,5	- 6,5 ²⁾	+ 1,5 ²⁾

1992 vorläufige Ergebnisse — ¹⁾ Zu konstanten Preisen — ²⁾ Cif

ein Ungleichgewicht auf dem Markt für wichtige Nahrungsmittel und Energieträger. Die gleichzeitige Anwendung von Preiskontrollen und Wechselkursliberalisierung sorgte für einen zunehmenden Bedarf an Subventionen und verzerrte die Struktur der Erzeugerpreise.

Die Löhne stiegen gegenüber 1991 im Jahresdurchschnitt nominell um 164%; real bedeutet das einen Rückgang um 15%. Lohnkontrollen waren ein wesentlicher Bestandteil der Regierungspolitik und wurden relativ strikt gehandhabt: Eine Lohnindexierung von 50% der erwarteten Inflation wurde festgelegt, zusätzlich wurden Pauschalentschädigungen für Preiserhöhungen gewährt, die durch Kürzung der Verbraucherpreissubventionen entstanden. Durch das Zusammenwirken von indexierten Löhnen und eingefrorenen Erzeugerpreisen stieg jedoch die Lohnquote; die Unternehmen reagierten darauf zunehmend mit Entlassungen. Ende des Jahres waren 929 000 Personen (8,4% der aktiven Bevölkerung) arbeitslos gemeldet.

Indirekte Methoden der monetären Kontrolle (Zinssatzpolitik statt Kreditkontingentierung) wurden Anfang 1992 eingeführt und im Mai verschärft, mit der Absicht, den realen Zinssatz auf ein positives Niveau an-

zuheben. Der Refinanzierungszinssatz von 80% war zwar niedriger als die erwartete jährliche Inflationsrate, angesichts des kurzfristigen Einfrierens der Erzeugerpreise aber sehr hoch. Die Unternehmen wichen der Kreditrestriktion durch zunehmende gegenseitige Zahlungsrückstände aus. Im weiteren Jahresverlauf wurden Vorzugskredite für die Landwirtschaft und zur Exportfinanzierung gewährt; das bedeutete eine selektive Lockerung der Kreditpolitik zwischen August und Oktober. Auch die Wechselkurspolitik schwankte, ohne Koordination mit anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Die Abwertung des Lei gegenüber dem Dollar erreichte 1992 fast 60%.

Rumäniens Exporte erhöhten sich 1992 im Vorjahresvergleich um 7,1%, die Importe um nur 0,1% (zu konstanten Leupreisen). Das Handelsbilanzdefizit (fob-fob) betrug 938 Mill \$, um 30% weniger als im Jahr 1991. Die Bruttoverschuldung nahm bis Ende 1992 auf 2,3 Mrd. \$ zu.

Die seit November 1992 amtierende Regierung setzte die restriktive Politik nicht fort. Ende 1992 und Anfang 1993 stieg die Geldemission rasant, Inflation und Abwertung beschleunigten sich. Im Außenhandel trat erneut ein Defizit auf, die Devisenreserven wurden wieder stark reduziert. Um

korrigierende Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik zu setzen, verabschiedete die Regierung ein Programm zur Beschleunigung der Privatisierung, zur Exportstimulierung und zur Schließung von verlustbringenden Staatsunternehmen. Auch wenn die Wirtschaftsexperten in der Regierung sich auf eine gangbare Politik einigen können, wird es angesichts einer links-nationalistischen Parlamentsmehrheit schwierig sein, diese Politik auch konsequent durchzuführen.

Ein weiterer Rückgang des BIP von 5% bis 10% im Jahr 1993 ist sehr wahrscheinlich. Die Industrieproduktion wird noch stärker sinken, die Landwirtschaft hingegen könnte sich bei durchschnittlichen Witterungsbedingungen etwas erholen. Die Inflation wird vermutlich — infolge der für Mai vorgesehenen Subventionskürzungen — 100% übersteigen.

Gábor Hunya

Ungarns Wirtschaft auf dem Weg vom Rückgang zur Stagnation

Die Wirtschaftsentwicklung Ungarns spiegeln die verfügbaren Daten in unterschiedlichem Licht. Gemäß den Monatsergebnissen stagnierten Industrieproduktion und Einzelhandels-

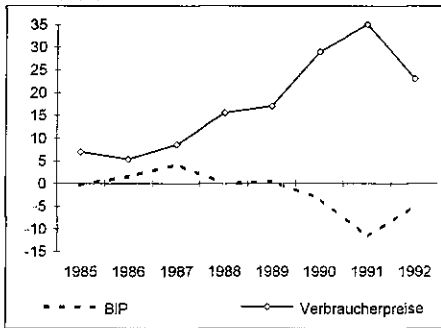
Der private Sektor entwickelte sich in Ungarn 1992 weiterhin dynamisch. Das von Kleinunternehmen erwirtschaftete Brutto-Inlandsprodukt wuchs um 10%, in der Industrie verdoppelte sich ihr Output, während jener von mittleren und Großunternehmen um 17% zurückging. Die Exporte der Kleinunternehmen stiegen um 126%, die Ausfuhr der mittleren und Großunternehmen fiel hingegen um 8%.

umsätze 1992⁸⁾. Im Vorjahresvergleich hingegen verzeichnete Ungarns Wirtschaft 1992 einen Rückgang. Die Industrieproduktion war um fast 10%, die Einzelhandelsumsätze um 5% bis 6% niedriger als 1991. Die Landwirtschaft litt unter ungünstigen Witterungsbedingungen, ungenügender Finanzierung und ungeklärten

⁸⁾ Sofern nicht anders angegeben, stammen die genannten Zahlen aus Tajékoztató 1992 des Ungarischen Statistischen Zentralamtes.

**Wirtschaftsentwicklung *Abbildung 7*
in Ungarn**

Veränderung gegen das Vorjahr in %



Eigentumsverhältnissen; die Brutto-Agrarproduktion ging um 23% zurück.

Die Entwicklung des Privatsektors setzte sich 1992 dynamisch fort. Dies ist vor allem auf die Expansion des „echten“ Privatsektors⁹⁾ zurückzuführen, da die Privatisierung der Staatsbetriebe nur langsam voranschreitet. Das von Kleinunternehmen erwirtschaftete Brutto-Inlandsprodukt wuchs um 10%

Die Beschäftigung in kleinen Unternehmen nahm zwar zu, machte aber den Rückgang der Beschäftigung in großen Unternehmen (mit mehr als 50 Arbeitnehmern) um 20% nicht wett. Ende 1992 erreichte die Arbeitslosenquote 12,3%

Die Inflation blieb innerhalb des vorgesehenen Limits. Die Verbraucherpreise stiegen um 23%, die Erzeugerpreise in der Industrie um nur 13%. Real fielen die Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung um 4% bis 5%. Die Sparneigung der Bevölkerung blieb hoch, die Guthaben auf Sparkonten nahmen real um 11% zu.

Das Budgetdefizit betrug 197 Mrd Ft und machte rund 7% des BIP aus. Im Juni 1992 suspendierte der IWF die Auszahlung von Krediten im Rahmen des seit 1991 laufenden Dreijahresabkommens, da das Defizit höher als vereinbart war: Die Budgeteinnahmen blieben unter dem Voranschlag, was mit der geringen Rentabilität der Staatsunternehmen und der mangelnden Steuermoral im privaten Sektor

**Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschafts-
entwicklung Ungarns**

Übersicht 10

	1988	1989	1990	1991	1992
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Inlandsprodukt	- 0,1	- 0,2	- 3,3	-11,9	-4 bis -6
Industrie ¹⁾					
Bruttoproduktion	+ 0,2	- 1,0	- 5,0 ²⁾	-19,1 ²⁾	- 9,8 ²⁾
Beschäftigte	- 2,6	- 1,7	- 9,1	-13,4	- 8,6
Arbeitsproduktivität	+ 2,7	+ 0,7	- 0,4	-10,2	- 1,4
Landwirtschaft					
Bruttoproduktion	+ 4,3	- 1,8	- 4,7	- 2,6	-22,7
Brutto-Anlageinvestitionen	- 7,7	+ 4,4	- 9,8	-15,4	-7 bis -8
Einzelhandelsumsätze					
Nominell	+ 10,3	+ 17,6	+ 19,6	+ 22,4	+ 15,0
Real	- 5,3	- 0,2	- 7,6	- 9,9	- 5,6
Privater Konsum	- 3,8	+ 2,4	- 4,2	- 5,6	-2 bis -3
Durchschnittliche Löhne und Gehälter ³⁾					
Nominell	+ 10,1	+ 18,2	+ 22,3	+ 23,4	+ 22
Real	- 4,9	+ 0,9	- 5,1	- 8,6	- 1
Realeinkommen pro Kopf	- 1,0	+ 2,5	- 1,6		
Verbraucherpreise	+ 15,5	+ 17,0	+ 28,9	+ 35,0	+ 23,0
Exporte					
Nominell ⁴⁾	+ 13,8	+ 16,0	+ 5,7	+ 30,4	+ 10,4
Real	+ 6,8	+ 0,3	- 4,1	-10,7	+ 1 bis + 2
Importe					
Nominell ⁴⁾	+ 3,8	+ 13,6	+ 4,1	+ 66,2	+ 2,7
Real	- 0,3	+ 1,1	- 5,2	- 2,3	- 8
Arbeitslosenquote	in %				
				+ 7,5	+ 12,3

1992 vorläufige Ergebnisse — ¹⁾ Unternehmen mit mehr als 50 Beschäftigten — ²⁾ Einschließlich Unternehmen mit weniger als 50 Beschäftigten — ³⁾ Netto in produktiven Sektoren — ⁴⁾ Auf Forintbasis

erklärt wurde. Die Finanzinstitutionen erhöhten, wie es das neue Bankengesetz ermöglichte, ihre Reserven aus dem Gewinn vor Steuern. Das Budgetdefizit wurde durch die Ausgabe von Staatsanleihen und Schatzwechseln finanziert. Obwohl der Marktzinssatz allgemein zurückging, blieb der reale Kreditzinssatz äußerst hoch.

1992 ergab Ungarns Leistungsbilanz einen Überschuss von 324 Mill. \$. Der Zufluss an ausländischen Direktinvestitionen war mit 1,7 Mrd. \$ (bar und in Sachwerten) ebenso hoch wie 1991¹⁰⁾. Zwischen Ende 1991 und Ende 1992 verringerte sich die Brutto-Auslandsverschuldung um 1,3 Mrd. \$, die Nettoverschuldung um 1,6 Mrd. \$¹¹⁾.

Die ungarische Regierung sieht für 1993 ein Wirtschaftswachstum von 0% bis 3% vor, das durch eine Erholung der Investitionen und durch Exportexpansion erreicht werden soll. Das WIIW ist weniger optimistisch und rechnet mit einer Stagnation der ungarischen Wirtschaft im Jahr 1993. Die inlandswirksame Nachfrage wird vermutlich insgesamt stagnieren, da

die leichte Steigerung der Investitionen größtenteils dem Import von Maschinen dienen wird. Der Konsum dürfte das Vorjahresniveau halten; ein geringerer Anstieg würde eher einen Aufschwung der Importe als der heimischen Produktion verursachen. Die Exportchancen werden durch die Rezession im Westen beeinträchtigt. Das Exportwachstum verlangsamte sich im Laufe des Jahres 1992, und es ist fraglich, ob 1993 eine bedeutende reale Expansion erreicht werden kann. Unsicherheit wird auch 1993 ein Haupthindernis der Erholung sein. Dies trifft besonders auf die Landwirtschaft zu: Die Transformation der Eigentumsverhältnisse verzögerte sich, und es mangelt an Finanzierungsmöglichkeiten. Das Budgetdefizit könnte 1993 wieder erheblich höher als geplant ausfallen. Konkurse und Liquidierungen bedrohen einen großen Teil der Wirtschaft, doch ein Zusammenbruch der Wirtschaft, wie er als Folge der Einführung des strengen Konkursgesetzes im Jänner 1992 befürchtet wurde, ist auch 1993 nicht zu erwarten.

Sándor Richter

⁹⁾ Den „echten“ Privatsektor bilden als private Unternehmen gegründete Firmen von Einzelunternehmern; er wird hier unterschieden von privatisierten früheren Staatsunternehmen.

¹⁰⁾ Magyar Hírlap 2. Februar 1993.

¹¹⁾ Nach Interpretation der Ungarischen Nationalbank ist die Netto-Auslandsverschuldung gleich der Brutto-Auslandsverschuldung minus internationaler Reserven und anderer ausländischer Guthaben (Heti Világgazdaság 27. März 1993).

Desintegrationschocks prägen die Rezession in Rußland und der Ukraine

Das erste Jahr der Unabhängigkeit war zugleich das schwerste sowohl für die russische als auch für die ukrainische Wirtschaft. Das Brutto-

Rußland leitete das (wirtschaftlich wie politisch umstrittene) radikale Stabilisierungsprogramm mit der Preisliberalisierung im Jänner 1992 ein. Zumindest während der ersten Monate des Jahres verfolgte die Regierung eine restriktive Geld- und Kreditpolitik, die aber auf Druck der Industrie und der konservativen Opposition im Parlament bald aufgegeben werden mußte. Da die Preise 1992 im Jahresdurchschnitt um 1 300% bis 1 700% stiegen und das reale Geld- und Kreditvolumen sank, konnte das (noch immer enorm hohe) Budgetdefizit geringfügig — auf rund 15% des Brutto-Nationalproduktes — reduziert werden. Die von Rußland wirtschaftlich stark abhängige Ukraine war mangels eines eigenen Reformprogramms zu Beginn ihrer Selbständigkeit — durch die gemeinsame Währung, die durchlässige Grenze praktisch ohne jegliche Zollkontrollen und die engen Handelsverflechtungen mit Rußland — gezwungen, die russische Preisliberalisierung mitzumachen. Da die ukrainische Regierung von Anfang an eine gemäßigte Politik vertrat und überdies ihre Nationalbank großzügig Kredite an Unternehmen erteilte, fiel der Preisanstieg hier wesentlich höher aus (Jahresdurchschnitt 1 600% bis 2 000%), und das Budgetdefizit

schnellte auf fast 40% des Brutto-Inlandsproduktes

In beiden Ländern konnten sich die Unternehmen, die zum überwiegenden Teil noch immer in staatlicher Hand sind und oft eine Monopolstellung innehaben, meist mit Erfolg gegen die Versuche stellen, die Nachfrage zu beschränken. Trotz des drastischen Produktionsrückgangs ist die Beschäftigung nur geringfügig gesunken. Die Arbeitslosenquote blieb, obgleich sie sich im Jahresverlauf verzehnfachte, in beiden Ländern unter 1% der Beschäftigten (darüber hinaus werden allerdings Arbeiter häufig beurlaubt). Die Rückstände von Zahlungen an Lieferanten sowie billige Bankkredite zur Abdeckung der hohen Kosten wuchsen rasant. Wegen Schwierigkeiten im Zahlungsverkehr zwischen den Betrieben und zwischen den zwei Ländern sowie aus Steuergründen erfolgten etwa 40% der gegenseitigen Lieferungen in Form von Barter. Erste Ansätze eines privaten Sektors zeigen sich lediglich im Handel.

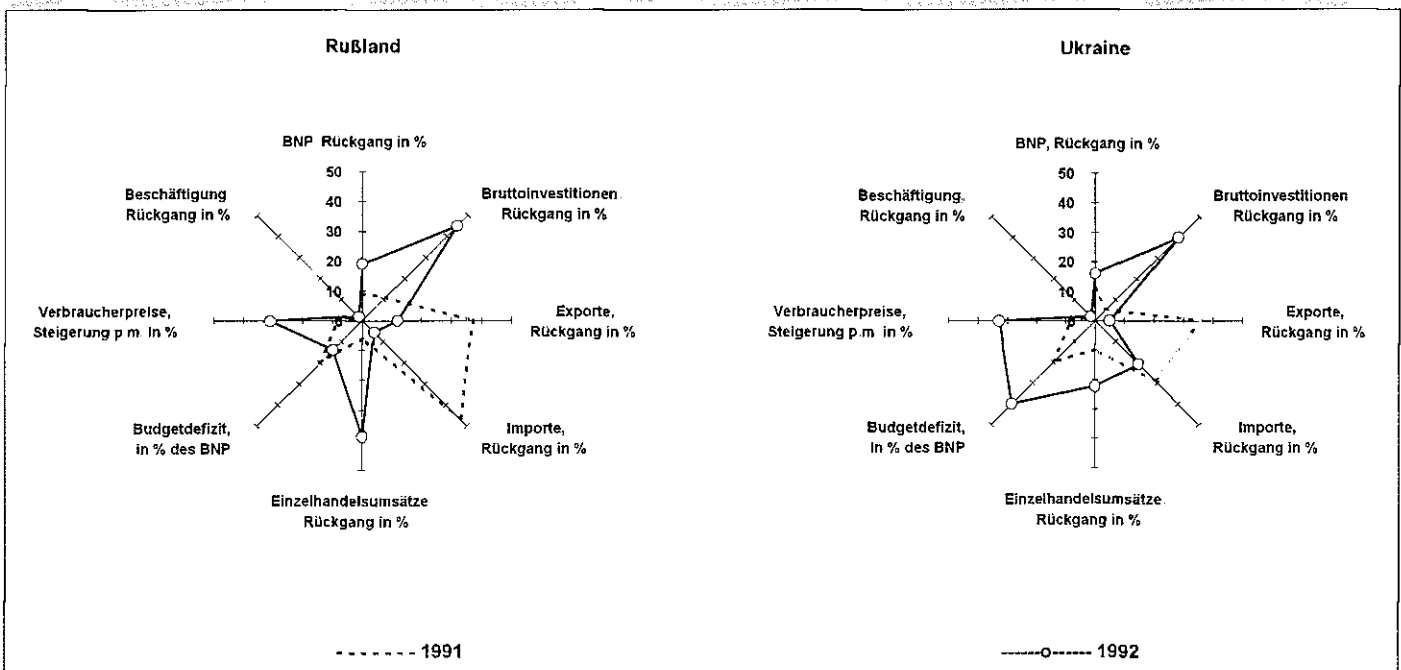
Mit der deutlichen Verschlechterung des Lebensstandards — Geldeinkommen der Bevölkerung und Einzelhandelsumsätze gingen 1992 um 20% bis 40% zurück — wuchs auch

Mehr als die konkreten wirtschaftspolitischen Maßnahmen tragen Chaos, fortschreitende Desintegration und zahlreiche Konflikte zur Verschärfung der Wirtschaftskrise in Rußland und der Ukraine bei. Eine politische Stabilisierung ist die Voraussetzung für den Fortgang gemäßigter Reformen.

Nationalprodukt fiel in Rußland 1992 um 19%, in der Ukraine um mindestens 15%, die Investitionen wurden um mehr als 40% gekürzt¹²⁾. Der Außenhandel schrumpfte weiter und die Handelsbilanz verschlechterte sich; Rußland wies allerdings noch immer einen Überschub im Handel mit Ländern außerhalb der ehemaligen UdSSR auf (rund 3 Mrd \$). Beide Länder litten unter Megainflation, Liquiditätskrisen und politischer Instabilität.

Desintegrationseffekte in Rußland und der Ukraine 1991/92

Abbildung 8



Q: Nationale Statistiken, Schätzungen des WIIW.

¹²⁾ Der Autor dankt Helen Boss (WIIW) für Hintergrundinformationen über die Ukraine

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Rußlands und der Ukraine

Übersicht 11

		Rußland		Ukraine	
		1991	1992	1991	1992
			Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Bevölkerung	Mill.	148 5	148 7	51 9	52 1
BNP ¹⁾	Mrd Rubel	1 130	15 000	283,8	4 000
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	- 9	- 19	-11 2	-15 bis -18
Bruttoinvestitionen		-11	- 45	- 5,3	- 40 0
Industrieproduktion		- 8	- 18 8	-19 7	- 9 0
Konsumgüter		- 2	- 15	- 3 1	- 10 9
Landwirtschaftliche Produktion		- 5	- 8	-13 3	- 11
Budgetdefizit	in % des BNP	20	15	20	40
Verbraucherpreise		+95	+1 300	+84 2	+1 600
Einzelhandelsumsätze		- 6	- 39	- 9 9	- 22,3
Beschäftigte	Mill.	73 6	72 3	25 0	
Registrierte Arbeitslose	in 1.000	61 9	600	6 0	100
Arbeitslosenquote	in %	0 1	0 8	0 0	0 4
Exporte	Mrd \$	50 9	38 1 bis 45 0	5 8 bis 8 5	3 6 bis 8 1
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	-37	-25 bis -11 6	-36	- 5
Importe	Mrd \$	44,5	35 bis 42 0	11 3	8 9
	Veränderung gegen das Vorjahr in %	-47	-21 bis - 5 6	-29	- 21
Kommerzieller Wechselkurs ²⁾	Rubel je Dollar	1 746	414 5	1 746	638 48

Q: Nationale Statistiken Berechnungen des WiW 1992 Schätzung — ¹⁾ Zu laufenden Preisen — ²⁾ Durchschnitt; 1992: Ende Dezember

der Widerstand gegen Reformen In Rußland war die Regierung schon nach einigen Monaten gezwungen, ihre restriktive Geld- und Kreditpolitik aufzugeben. Im Dezember 1992 mußte der amtierende Premierminister und Reformarchitekt J. Gaidar sein Amt niederlegen. W. Lanovoi, Vize-Premierminister der Ukraine, war nach Meinungsverschiedenheiten über das Tempo der Reform bereits im Juli abberufen worden. Die neuen Regierungschefs in Rußland und der Ukraine haben eine solide Managementenerfahrung in den Kernbereichen der ehemaligen Sowjetwirtschaft.

Die ungenügende (oder fehlende) Koordination der Reformpolitik der GUS, besonders im Geld- und Kreditbereich, hat die Wirtschaftskrise verschärft. Die fortschreitende Desintegration vollzieht sich nämlich im Rahmen einer eng, obwohl oft irrational verflochtenen Wirtschaft der ehemaligen Sowjetrepubliken. Rußlands Beschränkung der Rubelmission hatte fast unmittelbar die Einführung einer Parallelwährung (Kupons) in der Ukraine zur Folge. Seit Juli 1992, als die Russische Zentralbank Korrespondenzkonten zur Kontrolle der bilateralen Zahlungsströme mit den anderen Republiken eröffnete, war die Rubelzone zusätzlich beschränkt. Die Ukraine führte im November 1992 eine eigene Währung (den „Karbowanetz“) auch für Unternehmenstransaktionen ein und verließ damit die Rubelzone offiziell; die Wirtschaftsbeziehungen zu Rußland wurden dadurch neuerlich

belastet und der Handel noch stärker beeinträchtigt.

Einer der Kernbereiche im Konflikt zwischen Rußland und der Ukraine sind die Energielieferungen. Im Laufe des Jahres 1992 exportierte Rußland 75 Mill t Erdöl in das Gebiet der früheren UdSSR, 66 Mill t wurden in Länder außerhalb dieses Raums geliefert; die Erdölproduktion machte 393 Mill t aus. Die Lieferungen in die GUS erfolgten im wesentlichen zu „heimischen“ Rubelpreisen, die nur einen Bruchteil der Weltmarktpreise betragen. Für das Jahr 1993 wird allerdings ein weiterer Rückgang der russischen Erdölproduktion (auf weniger als 350 Mill t) erwartet, und die Exporte in die frühere Sowjetunion werden auf unter 60 Mill t sinken. Rußland benötigt dringend Devisen und beabsichtigt daher, für Lieferungen außerhalb der Rubelzone Weltmarktpreise zu verrechnen. In diesem Fall würden die Energieausgaben der Ukraine — theoretisch mehr als 10 Mrd \$, da 1992 rund 33 Mill t Erdöl und 72 Mrd m³ Erdgas aus Rußland importiert wurden — ihre Einnahmen aus dem Außenhandel bei weitem überschreiten. Allerdings würden sich Rußlands potentielle Terms-of-Trade-Gewinne aus dem geplanten Umstieg auf Verrechnung zu Weltmarktpreisen in Dollar kaum in vollem Umfang verwirklichen lassen: Die Ukraine wird mittelfristig zu so hohen Zahlungen nicht in der Lage sein, noch kann sie ihre Exporte entsprechend erhöhen. So würde die russische Wirtschaft, wegen ihrer starken

Abhängigkeit von den ukrainischen Lieferungen, ebenfalls leiden. Es scheint daher unumgänglich, entweder die russischen Exportsubventionen (1992 für Exporte in die gesamte GUS angeblich 10 Mrd. \$) wenn auch in geringerer Höhe fortzusetzen, oder, was transparenter und daher wünschenswert wäre, explizite Exportkredite zu gewähren.

Der Streit zwischen Rußland und der Ukraine über Erdöl- und Erdgaspreise, Transitgebühren für Energielieferungen nach Westeuropa usw. ist aber nur Teil eines größeren Interessenkonfliktes zwischen den beiden Staaten. Weiterhin umstritten sind auch die Aufteilung der Schulden und Guthaben der früheren UdSSR, der Gebrauch militärischer Einrichtungen und die Atomwaffenkontrolle. Andere nicht-wirtschaftliche Fragen wie der aus der Geschichte hergeleitete Vorherrschaftsanspruch Rußlands, das Aufflammen des ukrainischen Nationalismus, das Schicksal der nationalen Minderheiten sowie die politischen Ambitionen der neuen Machteliten in den beiden Ländern konnten bis jetzt nicht geklärt werden. Ein Kompromiß über die Erdgaspreise und Transitgebühren sowie ein Abkommen über die Schuldenaufteilung wären möglicherweise bald zu erreichen. Um eine Eskalation der Konflikte zu vermeiden, wäre eine pragmatische Lösung auch für andere Problembereiche höchst wünschenswert. Trotz des Fehlens konkreter Zahlen kann als sicher angenommen werden, daß der Handel zwischen Rußland

und der Ukraine noch immer einen beträchtlichen Teil des Außenhandels der beiden Länder ausmacht. Durch die neu entstandenen Barrieren ging er allerdings im etwa gleichen Ausmaß wie der gesamte Außenhandel zurück, nämlich auf rund die Hälfte des Niveaus von 1989. Ein völliger Zusammenbruch konnte bis jetzt jedoch dank bestehender Kontakte und der Trägheit der Betriebe, großzügiger Kredit- und Preispolitik Rußlands sowie aufgrund des steigenden Anteils an Bartergeschäften verhindert werden.

Die verschiedenen Versuche zur Verbesserung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit innerhalb der GUS haben bis jetzt wenig konkrete Resultate gebracht. Das Abkommen auf dem GUS-Gipfel in Bischkek vom November 1992 sah eine koordinierte Geld- und Kreditpolitik in der Rubelzone vor, wurde allerdings bisher nicht wirksam. Im Jänner 1993 wurde in Minsk die Interstaatliche Bank für Multilaterales Clearing gegründet; sie soll allerdings nur Zahlungen für jene Lieferungen abwickeln, die zwischen den Regierungen vereinbart wurden. Die Ukraine, die eine koordinierte Geldpolitik innerhalb der GUS aus Furcht vor russischer Dominanz ablehnt, will sich trotzdem an der Interstaatlichen Bank beteiligen. Aber auch dieser Schritt, der Anlaß zur Hoffnung zumindest für eine dringend notwendige Stabilisierung des bilateralen Handels gibt, muß erst in die Praxis umgesetzt werden. Das vereinfachende Vorgehen des Westens gegenüber der Desintegration der ehemaligen UdSSR — Rußland als einzigen Nachfolgestaat der UdSSR zu betrachten —, unrealistische Empfehlungen bezüglich der zu verfolgenden Wirtschaftspolitik, Erwartungen bezüglich westlicher Hilfe zu wecken usw. beeinträchtigen auch die Gestaltung neuer russisch-ukrainischer Beziehungen.

Die drastische Verschärfung der Wirtschaftskrise auf dem Gebiet der ehemaligen UdSSR ist anscheinend unabhängig von der Art der eingeschlagenen Wirtschaftspolitik. Ein Vergleich der Entwicklung in den beiden größten Nachfolgestaaten der UdSSR läßt vermuten, daß bis jetzt die Hauptgründe für den wirtschaftlichen Zerfall im Zusammenbruch der traditionellen

Handelsverbindungen zu suchen sind sowie in den Desintegrationstendenzen und dem sie begleitenden völligen Mangel an neuen Organisationsstrukturen. Die politische Zukunft Rußlands ist nach wie vor ungewiß. Das ursprüngliche Reformkonzept wird aber in jedem Fall aufgegeben werden, unabhängig vom Ausgang des Machtkampfes zwischen Reformern und Konservativen. Nach einer politischen Stabilisierung in Rußland ist zu hoffen, daß auch die Ukraine mit der Durchführung von Reformen beginnt. Da Rußland offenbar in jedem Fall seinen anfänglichen Weg radikaler Reformen verlassen wird, könnte sich die Wirtschaftspolitik der beiden Länder annähern, und ein pragmatischer Kompromiß geschlossen werden. Dennoch wird sich die Wirtschaftskrise in beiden Ländern heuer — und voraussichtlich auch 1994 — weiter zuspitzen.

Peter Havlik

Slowenien erzielt erste Erfolge

Im ersten Jahr seiner Unabhängigkeit konnte Slowenien beträchtliche Erfolge in der Außenwirtschaft und in der Bekämpfung der Inflation erzielen. Andererseits erlitt die Produktion, bedingt durch den weitgehenden Verlust des ehemaligen jugoslawischen Marktes und durch die sinkende Inlandsnachfrage, einen Einbruch: 1992 fiel das Brutto-Inlandsprodukt um 6,5%, die Industrieproduktion um 13,2%. Die hohen Reallohnverluste

der zwei vorangegangenen Jahre konnten zwar nicht gestoppt, aber abgeschwächt werden, während die Brutto-Anlageinvestitionen gegenüber 1991 neuerlich um ein Fünftel gekürzt

Sloweniens Erfolge in der Außenwirtschaft — Leistungsbilanzüberschuß, Abbau der Verschuldung und der deutliche Zuwachs der Devisenreserven — und in der Bekämpfung der Inflation wurden durch rückläufige Produktion und höhere Arbeitslosigkeit getrübt.

wurden. Letzteres traf wiederum die Bauwirtschaft, die sich schon seit 1988 in einem Tief befindet.

Seit der Einführung einer eigenen Währung — des slowenischen Tolars — im Oktober 1991 gelang es der restriktiven Geldpolitik der Bank von Slowenien, die monatliche Inflation kontinuierlich zu senken. Im Jahresvergleich stiegen die Einzelhandelspreise 1992 aber immer noch um 200%.

Die Gesamtbeschäftigung ging 1992 um 7,1% zurück; Ende Dezember 1992 waren 118.200 Personen arbeitslos gemeldet, dies entspricht einer Arbeitslosenquote von 13,3%. Im Zuge der Privatisierung von Unternehmen, die Mitte 1993 beginnen soll, muß mit einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Im Außenhandel nahmen die gesamten Exporte laut Zollstatistik um 8% zu, während die Importe (zu laufenden Dollarkursen) auf dem Vorjahresniveau stagnierten; die Handelsbilanz

Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschaftsentwicklung Sloweniens

Übersicht 12

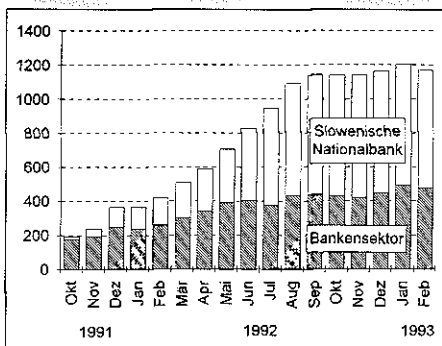
	1988	1989	1990	1991	1992
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Brutto-Inlandsprodukt	- 1,9	- 2,7	- 3,4	- 9,3	- 6,5
Industrie (Bruttoproduktion)	- 2,6	+ 1,1	- 10,5	- 12,4	- 13,2
Bauwirtschaft ¹⁾	- 9,0	- 7,0	- 11,3	- 25,7	- 10,4
Landwirtschaft (Bruttoproduktion)	- 2,2	- 2,6	+ 2,8	- 3,3	- 17,0
Brutto-Anlageinvestitionen	- 0,1	- 7,3	- 9,0	- 18,0	- 20,0
Einzelhandelsumsätze, real	- 6,4	- 12,8	- 16,7	- 6,6	- 13,7
Durchschnittliche Löhne und Gehälter, real	- 10,9	+ 15,2	- 25,8	- 11,0	- 2,8
Einzelhandelspreise	+ 212,3	+ 1 306,0	+ 549,7	+ 117,7	+ 201,3
Beschäftigte	- 0,7	- 1,2	- 4,3	- 8,1	- 7,1
Gesellschaftlicher Sektor	- 0,8	- 1,3	- 4,5	- 8,6	-
Privater Sektor	+ 3,7	+ 2,2	+ 1,9	+ 3,8	-
Arbeitslose	in 1.000	21,3	28,2	44,6	75,1
Arbeitslosenquote ²⁾	in %	2,2	2,9	4,7	8,1
Warenexporte ³⁾	+ 9,1	+ 4,0	+ 20,8	- 6,3	+ 8,0
Warenimporte ³⁾	- 2,6	+ 10,4	+ 47,0	- 12,5	± 0,0

1991/1992 vorläufige Ergebnisse. — ¹⁾ 1988/1990 Beitrag der Bauwirtschaft zum Sozialprodukt zu Preisen von 1972; 1991 und 1992 in effektiven Arbeitsstunden. — ²⁾ Arbeitslose in % der aktiven Bevölkerung. — ³⁾ Zu laufenden Dollarkursen.

Währungsreserven Sloweniens

Abbildung 9

Mill. \$



wies einen leichten Überschuß auf (48 Mill. \$). Dynamisch entwickelte sich der Handel mit den EFTA-Ländern, wobei dem Warenaustausch mit Österreich besondere Bedeutung zukommt: Die Exporte Sloweniens nach Österreich überstiegen das Vorjahresniveau 1992 um 26,7%, die Importe aus Österreich um 18,5%.

Nach einem starken Rückgang im Jahr 1991 schrumpfte der Handel mit den früheren jugoslawischen Teilrepubliken auch 1992: Nach slowenischen Schätzungen fielen sowohl die Exporte als auch die Importe um annähernd 60%. Die Ursachen für diesen Einbruch sind offensichtlich: Im Mai 1992 verhängte der UNO-Sicherheitsrat umfangreiche Sanktionen gegenüber Serbien und Montenegro — Serbien war der zweitwichtigste Handelspartner Sloweniens im ehemaligen Jugoslawien gewesen —, der Krieg im benachbarten Bosnien und Herzegowina geht unvermindert weiter, und der Handel mit Kroatien wurde durch die Einführung von Zöllen zusätzlich erschwert.

Ende Dezember 1992 betragen Sloweniens direkt zurechenbare Auslandsschulden 1,7 Mrd. \$ (ohne Anteil an der Bundesschuld des ehemaligen Jugoslawien) und fielen damit um 125 Mill. \$ geringer aus als Ende 1991. Bisher kam Slowenien als einziger Nachfolgestaat Jugoslawiens seinem Schuldendienst regelmäßig nach. Eine Vereinbarung über die tatsächliche Höhe der Verbindlichkeiten Sloweniens gegenüber den ausländischen Geschäftsbanken steht allerdings noch aus.

Mitte Jänner 1993 wurde Slowenien Mitglied des IWF mit einem Anteil von 16,39% an den Forderungen und Verbindlichkeiten Jugoslawiens im Fonds; dies entspricht einer Quote von 99 Mill. SZR.

Die Leistungsbilanz verbesserte sich gegenüber dem Vorjahr deutlich; der Überschuß stieg von 190 Mill. \$ im Jahr 1991 auf 764 Mill. \$ im Jahr 1992. Diese Entwicklung ist in erster Linie wachsenden Transport- und Tourismuseinnahmen zuzuschreiben. Seit der Einführung einer eigenen Währung nehmen die Devisenreserven kontinuierlich zu. Ende 1992 betragen sie 1,2 Mrd. \$, davon wurden 716 Mill. \$ von der Bank von Slowenien gehalten. Die gesamten Währungsreserven entsprachen dem Wert der Importe von drei Monaten.

1993 kann allenfalls mit einem schwächeren Rückgang, kaum jedoch mit einem realen Wachstum des BIP gerechnet werden. Nach slowenischen Berechnungen wird das BIP 1993 um 1% sinken, die Investitionen dürften weiter abnehmen (—3%), die Exporte um 5% und die Importe um 7% wachsen. Die Regierung und die Bank von Slowenien wollen an der restriktiven Fiskal- und Geldpolitik des Vorjahres festhalten, sodaß mit einem weiteren Rückgang der Inflation gerechnet werden kann. Nach einem nahezu ausgeglichenen Budget im abgelaufenen Jahr wurde für 1993 ein Defizit von 2% des BIP veranschlagt. Neue Posten auf der Ausgabenseite des Budgets betreffen Mittel für die Umstrukturierung von Unternehmen sowie die Sanierung der Banken. Die Auslandsschulden wird Slowenien, auch wenn es einen Teil der Bundesschuld übernimmt, regulär bedienen können, da auch 1993 mit einem Leistungsbilanzüberschuß zu rechnen ist.

Hermine Vidovic

Politik und Krieg prägen Kroatiens Wirtschaft

Die Folgen des Krieges sowohl im eigenen Land als auch im benachbarten Bosnien und Herzegowina, der weitgehende Abbruch des Handels

mit den früheren jugoslawischen Teilrepubliken, Territoriumsverluste und ein nur zögerndes Vorgehen in der Wirtschaftspolitik prägen das Bild der kroatischen Wirtschaft: Das Sozialprodukt blieb 1992 um 25% unter dem Vorjahreswert (Schätzung), die Industrieproduktion um rund 15%¹³⁾. Der Anteil der Brutto-Anlageinvestitionen am Sozialprodukt machte 1992 nur noch 10% aus, und die Reallöhne sanken bereits das dritte Jahr hindurch deutlich. Trotz der gravierenden Verschlechterung des Lebensstandards blieben soziale Unruhen bisher aus. Die Wirkung der Reallohn-einbußen auf den Lebensstandard

Kriegszerstörungen, Marktverluste im früheren Jugoslawien und in Ost-Mitteleuropa sowie die Besetzung eines Drittel seines Staatsgebietes zogen die Wirtschaft Kroatiens schwer in Mitleidenschaft. Eine Verbesserung der Lage kann erst nach Ausschaltung der politischen Risiken erwartet werden.

dürfte teils durch die Auflösung von Sparguthaben in ausländischer Währung, teils durch Unterstützung von Familienangehörigen aus dem Ausland sowie durch zusätzliche Einkommen aus der Schattenwirtschaft gemildert worden sein.

Seit der Einführung einer eigenen (Übergangs-)Währung, des kroatischen Dinars, im Dezember 1991 waren weder die kroatische Regierung noch die Nationalbank in der Lage, den Preisauftrieb einzudämmen. Im IV Quartal 1992 lag die Inflationsrate im Vormonatsvergleich bei durchschnittlich 28%; auf Jahresbasis stiegen die Verbraucherpreise um 663%. Um die Gefahr einer Hyperinflation abzuwenden, steht die Regierung unter dringendem Handlungsbedarf, das bisher nur beabsichtigte Programm zur Inflationsbekämpfung auch umzusetzen. Ein Großteil des Budgets wird über Geldschöpfung durch die kroatische Nationalbank finanziert; die Budgetmittel fließen primär in den Aufbau und die Versorgung der Armee; ferner werden finanzschwache Betriebe in Industrie und Landwirtschaft immer noch subventioniert. Eine zusätzliche Belastung für das

¹³⁾ Aufgrund von Schwierigkeiten in der Datenerhebung (besetzte Gebiete) können die im Bericht angeführten Wirtschaftsindikatoren nur als Orientierungsgrößen dienen.

**Ausgewählte Kennzahlen der Wirtschafts-
entwicklung Kroatiens**

Übersicht 13

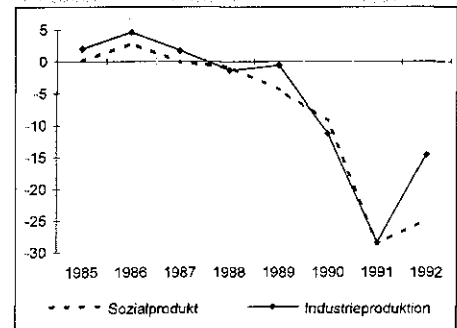
	1988	1989	1990	1991	1992
	Veränderung gegen das Vorjahr in %				
Sozialprodukt ¹⁾	- 0,9	+ 4,4	- 9,3	- 28,7	- 25
Industrie (Bruttoproduktion)	- 1,4	- 0,6	- 11,3	- 28,5	- 14,6
Bauwirtschaft ²⁾	- 4,9	- 5,0	- 11,4	- 24,7	- 30,7
Landwirtschaft (Bruttoproduktion)	- 6,8	+ 4,5	- 3,2		
Brutto-Anlageinvestitionen	+ 5,6	- 7,0	- 16,2	- 40,0	- 59,2
Einzelhandelsumsätze, real	- 2,9	- 15,8	- 11,9	- 21,9	- 40,9
Durchschnittliche Löhne und Gehälter					
Nominell	+ 175,3	+ 1 599,6	+ 481,5	+ 69,2	+ 309,4
Real	- 6,8	+ 23,2	- 16,2	- 21,3	- 50,9
Verbraucherpreise	+ 200,1	+ 1 200,0	+ 609,9	+ 122,6	+ 663,3
Beschäftigung	- 0,2	- 0,4	- 3,1	- 11,0	- 11,2
Gesellschaftlicher Sektor	- 0,3	- 0,6	- 3,7	- 13,0	- 12,5
Privater Sektor	+ 2,4	+ 8,0	+ 12,8	+ 11,8	+ 8,8
Arbeitslose	in 1.000	134,6	139,9	160,6	253,7
Arbeitslosenquote	in %	7,7	8,0	9,6	15,5
Warenexporte ³⁾	+ 6,1	+ 12,4	+ 6,3	+ 3,7	- 5,0
Warenimporte ³⁾	- 9,7	+ 10,1	+ 15,1	+ 25,3	- 10,4

1992 vorläufige Ergebnisse. — ¹⁾ Nach Definition Jugoslawiens — ²⁾ In effektiven Arbeitsstunden — ³⁾ Außenhandels-
daten auf Dollarbasis zu laufenden Preisen

**Wirtschafts-
entwicklung in Kroatien**

Abbildung 10

Veränderung gegen das Vorjahr in %



dem Ausland und teils auf Einnahmen aus dem Verkauf von „staatlichen“ Wohnungen gegen Hartwährung zurückzuführen ist

Das von offizieller Seite 1993 angestrebte Wirtschaftswachstum ist mangels eines konkreten Wirtschaftsprogramms, besonders aber aufgrund der unsicheren politischen Lage mehr als fraglich: Nach den verfügbaren Angaben sollen das Sozialprodukt um 15% und die Industrieproduktion um 14%, die Bauproduktion um 30% und die Einnahmen aus dem Tourismus um 40% steigen. Eine substantielle Verbesserung der kroatischen Wirtschaft kann aber erst nach Ausschaltung der politischen Risiken erreicht werden — eine unabdingbare Voraussetzung für inländische und ausländische Investitionen sowie für eine Wiederbelebung des für Kroatien überaus wichtigen Wirtschaftsfaktors Tourismus

Hermine Vidovic

Budget ergibt sich aus der großen Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen (Ende 1992 rund 650 000 Personen) Der Anteil des Budgetdefizits am Sozialprodukt betrug 1992 rund 15%.

Die Beschäftigung im „vergesellschafteten“ Sektor der Wirtschaft war 1992 weiter rückläufig, während im Privatsektor eine Zunahme von rund 9% verzeichnet wurde Die Zahl der offiziell arbeitslos gemeldeten Personen sinkt seit Dezember 1991 leicht¹⁴⁾; im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosenquote bei 17,8%

Im Außenhandel blieben sowohl die gesamten Exporte als auch die Importe unter dem Vorjahresniveau: Das ausgewiesene Handelsbilanzde-

fizit machte 300 Mill. \$ aus (1991 540 Mill. \$).

Im Dezember 1992 betrug die Verschuldung in konvertiblen Währungen 2,7 Mrd. \$ brutto¹⁵⁾; dieser Betrag enthält auch Rückstände aus dem nicht geleisteten Schuldendienst von 541 Mill. \$ Ein Beistandsabkommen mit dem IWF — Kroatien wurde im Jänner 1993 Mitglied des Fonds — wird von kroatischer Seite für September dieses Jahres erwartet Im Laufe des Jahres 1992 erhöhten sich die Devisenreserven von nahezu Null im Dezember 1991 auf 670 Mill. \$, rund ein Viertel davon hält die Nationalbank. Die Leistungsbilanz wies 1992 einen Überschuß von 480 Mill. \$ auf, der teils auf humanitäre Hilfe aus

¹⁴⁾ Nach inoffiziellen Angaben dürfte die Zahl der Arbeitslosen bedeutend höher sein (rund 500 000)

¹⁵⁾ In diesem Betrag ist der Anteil Kroatiens an der Bundesschuld des ehemaligen Jugoslawiens nicht enthalten Eine Aufteilung dieser Verpflichtungen (insgesamt 3,1 Mrd. \$) auf die Nachfolgestaaten Jugoslawiens soll auf dem Verhandlungsweg erfolgen Bislang waren alle Schritte in dieser Richtung erfolglos